

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

DEUTSCHLAND HAT GESCHMACK.



Nachtisch gestrichen!

UND NACH
DEM ESSEN EIN
BÄUERCHEN.

Anzeige der CMA im Stein

Absatzfonds

Die CMA zerbröckelt, seit das Bundesverfassungsgericht ihre Finanzquelle, das Absatzfondsgesetz, als verfassungswidrig einstufte. Ein Porträt des Klägers, ein Bericht dazu, was nun passiert, und der Kommentar auf den **Seiten 3, 12–13**

Gentechnik

Ein kalifornischer Reisbauer tourte durch die Republik und berichtete vom Kampf gegen Pharma-Reis. Ilse Aigner kämpft hingegen für die CSU in Europa und wird plötzlich zur Gentechnik-Kritikerin – wenigstens in Bayern auf den **Seiten 16–17**

WTO

Angesichts der Wirtschaftskrise versuchen immer mehr Länder, über Handelsbarrieren die eigene Wirtschaft zu stärken. Das widerspricht den Bestrebungen der Welthandelsorganisation WTO. Ein Situationsbericht mit Lösungsansätzen auf **Seite 10**

Die Seite 3

„Glaubt nicht alles, was im Lehrbuch steht!“ 3
Ein Gespräch mit Onno Poppinga

Die Probleme der Bauern erforschen 3
Wissenschaft verabschiedet sich von kritischer Agrarpolitik

Agrarpolitik

Umdenken in der Agrarpolitik 4
Entwicklungsministerium stellt Weltagrарbericht in Berlin vor

Von vor der Haustür aus der ganzen Welt 5

Geht die Transparenz verloren? 5

Peinliche Posten? 6

Neokoloniale Landnahme bedroht Ernährungssouveränität. .. 14

Milch

„Eine absolute Katastrophe“ 7
Milchbauern wenden sich an Landwirtschaftsministerin

Bewegung

Auf den Spuren von Rudolf Bahro 8
AbL-Sachsen/Thüringen trifft sich auf dem Lebensgut Pommritz

Märkte

Konzepte statt einseitige Profite 10
„10.000 Mastplätze sind nicht bäuerlich“ 11

Schwerpunkt

„Gegen einen Teil geht nicht“ 12
Georg Heitlinger war mit seine Klage erfolgreich

Gezahlte CMA-Abgaben zurückfordern 13
Verfassungsgericht erklärt Absatzfonds für verfassungswidrig

Nachbau

Arbeit der IG Nachbau ist unverzichtbar 15

Gentechnik

Wahlhilfe für Bayern 16
Bundesregierung muss Farbe bekennen 16
„Gentechnisch veränderter Reis wird nicht akzeptiert“ 17

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Heinrich, Peter und Waltraud Angenendt, Seite 9; Hofportrait; Seite 18; Leserbrief, Seite 19; Lesen, 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Impressum

b unabhängige
auernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marlene Herzog: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper; Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Inhaltsverzeichnis

Seit 2002 haben die deutschen Bauern die Zwangsabgaben zum Absatzfonds ohne Verfassungsgemäße Rechtsgrundlage gezahlt. Die Abgabe-Pflicht stand zwar im Absatzfondsgesetz, aber sie verstieß spätestens seit 2002 gegen das Grundgesetz. In den letzten sieben Jahren haben die deutschen Bauern jährlich über 90 Millionen Euro an Abgaben finanziert, zusammen sind das über 600 Millionen Euro.

Es brauchte einen couragierten, unerschrockenen und binnen kurzem mit allen deutschen Tagesmedien bestens vertrauten Geflügelbauern, um die Verfassungswidrigkeit zunächst von einem einfachen Verwaltungsgericht und dann vom höchsten deutschen Gericht bestätigt zu bekommen. Weder sein Geflügelhalterverband noch sein Landesbauernverband oder ein anderer aus dem Dach des Deutschen Bauernverbandes, weder sein Landesminister noch einer der 15 anderen, weder das Bundesministerium noch die in dieser Zeit die Berliner Regierungen stützenden Parteien im Bundestag haben Georg Heitlinger unterstützt – sie haben alle und vereint gegen ihn gearbeitet, vergebens. Chapeau!



Kommentar

DBV kostet Bauerngeld

Angesichts von über einer halben Milliarde Euro darf man noch kurz beim Geld bleiben, auch wenn sich die Bauernverbands-Presse derzeit vor allem

damit beschäftigt, welche Konstrukte zunächst die ZMP und dann die CMA beerben werden, dazu später.

Die Aussichten der Bauern, die von ihnen finanzierten Zwangsabgaben erstattet zu bekommen, stehen nur für einen Teil gut – sie sollten keinerlei Hemmungen haben, das Geld, ihr Geld zurückzufordern. Der wohl größte Teil der Bauern wird das

Geld nie wiedersehen. Das betrifft just genau die Fälle, wo sich sowohl Flaschenhals-Unternehmen als auch die Bauern selbst an die Aufforderungen des Deutschen Bauernverbandes (DBV) gehalten haben, eben keine Rechtsmittel gegen die Abgaben einzulegen. Aber nicht nur das: Es war die Spitze des DBV, die Berlin dazu gedrängt hat, das Absatzfondsgesetz im Jahr 2007 zu überarbeiten. DBV-Präsident Sonnleitner hat damit wiederholt öffentlich das Ziel verbunden, dass nach der Novelle „den Widersprüchen die rechtliche Basis entzogen“ sei. Zu dem Zeitpunkt waren gegen über die Hälfte der Abgaben Widersprüche eingelegt, so dass die CMA ihren Haushalt um 55 Prozent streichen musste. Das sollte nach dem Willen des Herren, der sich gerne „Bauernpräsident“ nennen lässt, mit der Novelle vorbei sein. Auf die Novelle allein verließ er sich nicht, er machte Druck auf das Ministerium, damit die zuständige Bundesanstalt nun alle (kostenlosen) Widersprüche ablehnt und damit den Unternehmen nur den (kosten-trächtigen) Klageweg offen ließ. Bundesministerium und Bundestag haben das Spiel voll mitgemacht, die politische Verantwortung aber trägt vor allem die DBV-Spitze. Welch eine Interessenvertretung! Wessen Interessen vertritt dieser „Bauernverband“?

Es liegt nahe, dem DBV vorzuwerfen, dass er sich direkt an den Geldern für CMA und ZMP bedient hat. Ja, das hat er, in welcher Größenordnung ist vollkommen offen. Aber Klimmzüge von Geldschiebereien konnte sich der DBV sparen, er konnte ja auch so uneingeschränkt darüber bestimmen, wofür das Geld ausgegeben wurde. Chef des Absatzfonds war DBV-Präsident Sonnleitner, Aufsichtsrats-Chef der CMA war DBV-Vize Hilse aus Niedersachsen, Aufsichtsrats-Chef der ZMP war DBV-Vize Folgart aus Brandenburg. Die Strippen im Hintergrund zog vor allem DBV-Generalsekretär Born. Mit dem Geld der Bauern (nicht des Bauernverbandes) geschah nichts gegen den Willen des DBV. Und das war auch noch abgesichert durch ein Bundesgesetz.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist die Sache nicht zu Ende. Zuerst gründet der DBV nun gemeinsam mit seinen beiden Verlagen in Münster und München eine Nachfolge-GmbH für die ZMP. Aufsichtsrats-Chefs der Verlage: Sonnleitner und DBV-Vize Möllers aus Westfalen. Das Stammkapital von einer halben Mio. Euro bringen zunächst im wesentlichen die Verlage auf, heißt es. Es ist zu vermuten, dass die sich das z.B. aus dem Zweckvermögen der Rentenbank wiederholen werden, nicht geliehen, sondern geschenkt; den Verwaltungsrat dort führt Herr Sonnleitner, auch Möllers und Born sitzen da drin. Und für den Übergang hat das Bundesministerium – so heißt es – sein Ja dafür gegeben, dass sich CMA und ZMP bis zu ihrer Abwicklung noch in den Reserven des Absatzfonds, also beim Geld der Bauern bedienen können.

Der 3. Februar 2009, als der Zweite Senat in Karlsruhe sein vernichtendes Urteil verkündete, ist ein guter Tag für die Bauern, schwarz ist er höchstens für den DBV. Hoffentlich kommt etwas mehr Licht in dieses Geflecht.

Ulrich Jasper, stellvertretender Geschäftsführer der AbL

“Glaubt nicht alles, was im Lehrbuch steht!”

Ein Gespräch mit Onno Poppinga anlässlich seines Ausscheidens aus dem Universitätsbetrieb

Onno Poppinga ist Professor am Fachbereich für ökologische Landwirtschaft in Witzenhausen. Ende März dieses Jahres tritt er in den Ruhestand. Der Wissenschaftler und AbL-Bauer im Nebenerwerb hat ein kritisches Auge auf die Agrarpolitik.

Bauernstimme: Herr Poppinga, warum Professor und nicht Bauer?

Onno Poppinga: Ich komme aus einer Familie, die einen Pachthof in Ostfriesland hatte. Den Pachthof hat mein älterer Bruder übernommen. Da war klar, ich habe keinen Hof zu erwarten, weshalb ich Landwirtschaft studiert habe. Nachdem ich die Professorenstelle in Kassel bekommen hatte, habe ich gemeinsam mit meiner Familie einen kleinen Nebenerwerbsbetrieb in Holzhausen aufgebaut.

Die Verknüpfung von Wissenschaft und dem Beruf des Bauern ist ein großer Spagat.

Es ist ein Spagat, ja. Aber meine Güte, wenn du ein bisschen trainiert bist, ist Spagat keine schwierige Aufgabe. Das hat ja jeder Bauer in seinem Betrieb auch drin, wenn er nicht nur auf eine einzige Tätigkeit spezialisiert ist. Er muss immer Dinge miteinander verknüpfen, wenn er sie begreifen will. Also wie soll ich denn als Jemand, der Agrarpolitik unterrichtet, zu sinnvollen Fragen kommen, wenn ich keinen praktischen Bezug zur Landwirtschaft habe?

Sie sind einer der Gründerväter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Werden Sie sich im Ruhestand wieder mehr bei der AbL engagieren?

Die Verbindung mit der AbL ist mir immer unheimlich wichtig gewesen. Es gab und gibt immer eine enge Verbindung. Auch zwischen dem, was ich an Fragestellungen hier an der Uni bearbeitet habe und den Themen der AbL. Wir haben viele gemeinsame Projekte entwickelt und publiziert. Es gab eine Zeit, wo ich eher Distanz entwickelt habe. Das war, als die AbL sich viel zu sehr auf die Politik von Frau Künast und die Grünen eingelassen hat. Jetzt sehe ich aber bei der AbL eine gewisse Besinnung zurück zu den Wurzeln. Es wird wieder eher unabhängig von parteipolitischen Bindungen geschaut und Stellung genommen. Ich fühle ich mich jetzt wieder näher bei der AbL als in der Zeit, in der Frau Künast Ministerin war.

Was bedeutet es für die Universität, wenn Ihr Arbeitsschwerpunkt jetzt wegfällt?

Wir haben immer gehofft, dass der Fachbereich ökologische Landwirtschaft selbst

ein Interesse daran entwickelt, dass diese Arbeit weitergeführt wird. Der Fachbereich hat diesbezüglich aber nie etwas unternommen. Gleichwohl ist es für mich jetzt ein ausgesprochen großes Vergnügen zu sehen, dass jetzt eine Gruppe von Studierenden diese Frage an den Fachbereich heranträgt, weil die

ökologische Landwirtschaft in besonderer Weise von agrarpolitischen Entscheidungen abhängig ist. Zumindest in Teilen haben die Professoren des Fachbereichs positiv reagiert. Und ich hoffe, dass dann wieder eine Stelle entsteht, die sich mit kritischer Agrarpolitik beschäftigt.

Was war das Besondere an Ihrer Lehre?

Unsere Absicht war es immer, die Frage aufzuwerfen, wie selbstkritisch ist eigentlich Wissenschaft? Das ist sie nämlich äußerst wenig. Eine ganz zentrale Arbeitsweise war es deshalb immer, und das versuche ich auch immer den Studenten bei zu bringen: Glaubt nicht alles, was im Lehrbuch steht! Überlegt, ob das sein kann. Und wenn ihr Widersprüche seht, meint nicht immer nur, ihr habt was Falsches gesehen. Es kann auch sein, dass der Andere was Dummes erzählt hat. Dafür gibt es auch einen bewährten, guten wissenschaftlichen Ausdruck: Quellenkritik. Arbeite quellenkritisch! Prüfe!

Vielen Dank für das Gespräch

mh



Onno Poppinga im Universitätsstall in Frankenhausen Foto: Herzog

Die Probleme der Bauern erforschen

Die Wissenschaft verabschiedet sich von einer kritischen Agrarpolitik

Ende März tritt der 65jährige Prof. Dr. Onno Poppinga in den Ruhestand. Mit seiner Stelle am Fachbereich für Ökologische Agrarwissenschaft in Witzenhausen laufen auch die seiner Mitarbeiter aus. Eine kurzfristige Neubesetzung ist nicht vorgesehen. Die Arbeit des Professors und seiner Mitarbeiter hat sich immer an den Problemen bäuerlicher Betriebe orientiert. „Schwerpunkt sollte immer die Analyse der Agrarpolitik aus Sicht von kleinen und mittleren Bauern sein“, so Götz Schmidt, längjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter von Poppinga. Dieser Ansatz findet sich selten. An anderen Hochschulen ist Agrarpolitik meist eindeutig Agrarökonomie und dient den Wachstumsbetrieben und dem Strukturwandel.

Viele Studentinnen trennen sich nur ungern von ihrem kritischen Lehrmeis-

ter und Querdenker Poppinga. „Sein Fachgebiet ist das Einzige, welches all-gemeingültige Theorien und Erklärungsversuche in Frage stellt und kritisch beleuchtet.“ Maggi Selle studiert im 5. Semester. Was sie aus den Vorlesungen mitnimmt? „Zweimal hingucken und Vorgekauertes nicht einfach schlucken“.

Dass mit der Professur ein wichtiger Bestandteil der Lehre in Witzenhausen verschwinden soll, will ein Teil der Studenten nicht akzeptieren. Um auf das Thema aufmerksam zu machen, haben sie mit Diskussionen und Vorträgen die kritische Auseinandersetzung mit der Agrarpolitik in die Hörsäle gebracht.

Eine ungewöhnliche Geschichte

Ins Leben gerufen wurde der Lehrstuhl mit Prof. Dr. Onno Poppinga im Jahr 1975 von der damaligen Gesamthoch-

schule Kassel. Damals trug die Stelle den Namen „Technologie der Landschaftsplanung“ und gehörte dem Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung mit Sitz in Kassel an. Etwa zehn Jahre später erfuhr Onno Poppinga auf ungewöhnliche Weise eine Aufwertung und Stärkung seiner Arbeit. Das war im Jahr 1984. Damals führten Bauern der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Agrarverhandlungen bei den Koalitionsgesprächen mit der SPD. „Die Grünen hatten damals keine Kompetenz in Sachen Landwirtschaft“, erinnert sich Poppinga. Neben Verhandlungen um Milchpreise und Existenzsicherung von Kleinbauern forderte die AbL-Nordhessen eine Forschung, die nicht am landwirtschaftlichen Wachstumsmodell orientiert ist. Die AbL-Bauern waren erfolgreich. Vier Mitarbeiter für einen Professor, statt der üblich Anderthalb. Und

diese auf politischer Ebene durchgesetzt. Beides war für die Hochschule äußerst ungewöhnlich. Seit dem Wechsel von Kassel nach Witzenhausen im Jahr 2003 heißt das Arbeitsgebiet „Landnutzung und regionale Agrarpolitik“.

Wichtig für den Öko-Landbau

Die Auflösung des Arbeitsbereichs hinterlässt in der bundesdeutschen Agrarpolitikforschung eine Lücke. Zwar gibt es in Witzenhausen eine weitere Professur für Agrarpolitik. Diese beschäftigt sich jedoch vornehmlich mit den Themen Entwicklungspolitik und Migration. „Die sozialwissenschaftliche Sicht auf die Agrarpolitik kann aus diesem Gebiet nicht geleistet werden“, sagt Michael Wachendorf, Dekan in Witzenhausen. „Onno Poppinga hat hier eine gewisse Denkrichtung etabliert, die für den ökologischen Landbau wichtig ist.“ mh

Mesuro, Poncho und die Bienen

Nachdem der erhöhte Abrieb des Mais-Beizmittel-Wirkstoffs Clothianidin im vorigen Jahr am Oberrhein zu einem Bienensterben führte und daraufhin alle Maisbeizen-Zulassungen ruhten, wird der Wirkstoff („Mesuro“ von Bayer) nun mit verschärften Bedingungen hinsichtlich des Staubabriebs wieder zugelassen. Die anderen Beiz-Wirkstoffe (Neonicotinoide, zum Beispiel „Poncho Pro“) bleiben verboten, nachdem italienische Forscher in Flüssigkeitströpfchen, die die Maispflanzen ausscheiden, den Wirkstoff in bienentödlichen Konzentrationen fanden. Dieter Kremerskothen vom Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerbund führt die massive Schwächung der Bienenvölker denn auch auf die Summenwirkung minimaler Dosen eines ganzen Cocktails von Pestiziden zurück, die ein Bienenvolk mit 50.000 Individuen bis zur Lebensunfähigkeit verwirren könnten. Die Biene als dritt wichtigstes Nutztier sei nach einem Totalausfall nicht zu ersetzen, deshalb müsse bei bienengefährlichen Mitteln rasch etwas passieren. Im Deutschen Bauernverband würden die Imker aber lediglich als „Fußvolk“ behandelt – in diesem Verband gebe es keine Chance, „echt und tief mit den Landwirten zusammen zu arbeiten“. *en*

Bienen schocken Raupen

Bienen bestäuben nicht nur Pflanzen, sondern schützen die Pflanzen auch vor Raupenfraß, wie Würzburger Biologen beobachteten. Wenn die Raupen die feinen Luftbewegungen der fliegenden Bienen spüren, erstarren sie und lassen sich vom Blatt fallen. *pm*

Erbschaftssteuer-Reform

Die Erbschaftsteuer orientiert ab 2009 die Bewertung von land- und forstwirtschaftlichem Vermögen auch künftig an der Fortführung des Betriebes. Wird ein Betrieb zehn Jahre fortgeführt, entfällt die Erbschaftsteuer in der Regel ganz. 85 % der Erbschaftsteuer werden erlassen, wenn der Betrieb sieben Jahre weitergeführt wird. Verpachtete Flächen und Betriebe werden bis zu einer Verpachtungsdauer von 15 Jahren in die Verschonungsregelungen einbezogen. Für landwirtschaftliche Wohngebäude bleibt es bei dem bisherigen 15-Prozent-Bewertungsabschlag. Für Wohneigentum müssen Witwen und Witwer sowie Kinder keine Erbschaftsteuer zahlen, wenn das Haus oder die Wohnung mindestens zehn Jahre selbst genutzt wird. Für Ehegatten wird der Freibetrag bei der Erbschaftsteuer auf 500.000 Euro, für Kinder auf 400.000 Euro und für Enkel auf 200.000 Euro angehoben. Für Geschwister sowie Neffen und Nichten beträgt der Freibetrag jetzt lediglich 20.000 Euro; jenseits dieser Grenze liegt der Steuersatz bei 30 % bis 50 %. *pm*

Mindestlöhne für Saisonarbeit

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die Arbeitgeberverbände haben für Saisonarbeiter Mindest-Tariflöhne vereinbart, die in den neuen Bundesländern von derzeit 5,10 bzw. 5,55 Euro ab 2011 auf 6,10 Euro steigen sollen und in den alten Bundesländern von derzeit 5,55 auf 6,40 Euro. Hans-Joachim Wilms (IG BAU) bezeichnete dies als Weg in einen Mindestlohn von „7 Euro plus X“, zumal die Beschäftigung von Saisonarbeitern aus den EU-Beitrittsländern nur den Unternehmen erlaubt sei, die Tariflohn zahlen. Auch für die sonstigen Tarif-Bereiche der Landwirtschaft gibt es eine anhaltende Diskussion um die Einführung von Mindestlöhnen. Angesichts des Mangels an Saisonarbeitern lehnte das Bundesagrarministerium kürzlich ab, die Übergangsbestimmungen zur Arbeitnehmer-Freizügigkeit gegenüber den EU-Beitrittsstaaten weiter zu verlängern. *en*

Kurzes am Rande

Umdenken in der Agrarpolitik

Entwicklungsministerium stellt Weltagrарbericht in Berlin vor

Ich begrüße die Impulse des Berichts ausdrücklich“, sagte Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul jüngst in Berlin. Ihr Ministerium hat die Konferenz „Präsentation und Diskussion des Weltagrарberichts IAASTD“ veranstaltet, der im Frühjahr letzten Jahres in Nairobi erstmals veröffentlicht wurde. Wieczorek-Zeul hob wesentliche Aussagen aus diesem Bericht hervor: „Es ist ein Umden-

tagrарbericht“ geschuldet, einem Bündnis deutscher Organisationen, in dem auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft aktiv ist. Mit diesem Bündnis soll in Deutschland ein Prozess um den Weltagrарbericht angeschoben werden, dass dieser nicht nur diskutiert wird, sondern seine Ergebnisse auch in der Politik umgesetzt werden. Bisher haben knapp 60 Länder eine Zusammenfassung des Berichts unterzeichnet. Deutschland ist nicht dabei.

Benedikt Haerlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft hat die mehrjährige Entwicklung des Weltagrарberichts begleitet und sagt auf der Veranstaltung: Der Bericht sei ein „öffentlicher Abschied von den Paradigmen der letzten 40 Jahre und jetzt steht in einem Dokument der Vereinten Nationen (UN), dass nicht nur die quantitative Ernährungssicherung von Bedeutung ist, sondern auch die Lebensmittelsouveränität. Es gibt 525 Millionen Bauernhöfe auf der Welt und 85 Prozent davon sind kleiner als zwei Hektar.“ In der Kernaussage empfiehlt der Bericht eine kleinbäuerliche Landwirtschaft als Schlüssel zur Hungerbekämpfung.

Dem stimmt auch Christoph Kohlmeyer zu, Abteilungsleiter im Entwicklungsministerium. Er kennzeichnet als Problem die regionalen, nationalen und globalen politischen Rahmenbindungen. Kohlmeyer sagt: „Im Health-Check ist die EU-Agrarpolitik ein bisschen nach repariert worden, was wir aber brauchen, ist eine Revision der Agrarpolitik.“ Als ein falsches Signal bezeichnet Wieczorek-Zeul mehrmals die Wiedereinführung der Exportsubventionen für Milchprodukte: „Exportsubventionen zerstören Märkte in Entwicklungsländern und die EU muss ihr Versprechen in der WTO einhalten, diese Subventionen bis 2013 abzuschaffen.“ Obwohl das Landwirtschaftsministerium durch seine Milchpolitik die Wiedereinführung mit zu verantworten hat, findet Mitarbeiter von Bundesministerin Ilse Aigner, Hanns-Christoph Eiden, dass die Grundaussagen des Weltagrарberichts „bereits Bestandteil der politischen Debatte sind“.

Während das Landwirtschaftsministerium in Person von Staatssekretär Gerd Müller im Januar noch bekannt gab, eine Unterzeichnung des Weltagrарberichts für „entbehrlich“ zu halten, da überwiegend „bekannte Fakten zusammengetragen worden seien“, versprach Wieczorek-Zeul auf der Veranstaltung, sich dafür einzusetzen, dass Deutschland den Bericht noch nachträglich unterschreibt.

Berit Thomsen

Mehr zum Weltagrарbericht unter: www.agassessment-watch.org/



Wieczorek-Zeul: „Exportsubventionen zerstören Märkte in Entwicklungsländern.“

Foto: v. Scheele, Zukunftsstiftung Landwirtschaft

ken im Agrarsektor notwendig. Angesichts der Nahrungssituation in Entwicklungsländern können wir nicht zu business as usual übergehen.“

Die industrielle Landwirtschaft und die Produktivitätssteigerung haben, so die Bundesministerin weiter, negative Folgen auf Entwicklungsländer. Vielmehr „müssen wir Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern noch stärker fördern, um ihnen einen besseren Zugang zu Land, Märkten, Produktionsmitteln sowie Beratungs- und Finanzdienstleistungen zu ermöglichen.“ Aus Sicht von Wieczorek-Zeul „dürfen auch internationale Regeln zum Schutz von geistigem Eigentum nicht zur Anwendung kommen, wenn Kleinbauern dadurch benachteiligt werden.“ Auch werde durch den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in der Landwirtschaft der Hunger nicht überwunden.

Die Veranstaltung ist nicht zuletzt der Initiative des „Freundeskreises um den Wel-

Von vor der Haustür aus der ganzen Welt

Der Ökolandbau im Spannungsfeld zwischen Regionalität und Globalisierung aus Händlersicht

Mehr als einmal betonte Peter Blumenberg, dass er ja nun wohl gleich aus dem Saal gejagt werde und kokettierte gleichzeitig mit seiner Haltung: so steh ich hier und kann nicht anders. Er stellte die Wassermühle Wunstorf auf der DLG-Wintertagung im Forum „Ökologischer Landbau im Spannungsfeld zwischen Regionalität und Globalisierung“ vor. Die zur Werhahn-Firmengruppe gehörende Mühle verarbeitet ausschließlich ökologische Rohstoffe und ist damit ein Standbein von vielen in einem bunt zusammengewürfelten Haufen von Aktivitäten ihrer Betreiber. Nahe thematisch ist die Mühle Rüningen, die täglich 1.000 Tonnen konventionelles Mehl produziert, zur Werhahn-Gruppe gehören aber auch ein Baustoffhandel, die Messermarke Zwilling, ein Finanzdienstleister, eine Immobilienfirma. Die im Biogeschäft auftauchende Frage nach Werten wie Regionalität passen in so überregionale Firmenstrukturen nicht wirklich, deshalb seine Furcht vor dem Rausschmiss. Referent Blumenberg stellte dar, dass erstmals 2007 Importware an Getreide vornehmlich aus

Russland und Kasachstan in „hervorragenden, höherwertigen Qualitäten und größeren Partien“ im Markt in Deutschland angekommen sind. Die Abwicklung der Geschäfte entpuppte sich als weitestgehend unproblematisch, das Marktverhalten der Handelspartner im Ausland beschreibt Blumenberg als einfacher („da gibt es Ware, wenn in Deutschland immer noch auf höhere Preise gewartet wird“), bis zu 55 Euro günstiger ist die Importware gegenüber dem deutschen Getreide, also „aus Getreidesicht trifft die Importware genau die Anforderungen unserer Kunden“. Dagegen steht der Kundenwunsch nach deutscher Ware, die mehr Vertrauen verheißt. Deshalb beendet Blumenberg seinen Vortrag mit der Hoffnung, nicht aus dem Saal gejagt zu werden, weil er als Firmenphilosophie ausgab: „so international wie nötig, so regional wie möglich.“

Schon immer global

Nikolaus von Löbbecke, vom Bio-Obst und Gemüsegroßhändler Lehmann natur, konnte die Sorge seines Vorredners gar

nicht verstehen, schließlich „handelt die Welt seit Menschengedenken global“ Und wo wachse denn schon in Deutschland eine Frucht außer Äpfel und Birnen? Letztlich gehe es nur um eine Sicherstellung des Angebots für den Verbraucher zu jeder Zeit. Regionalität sei bei Bio in den letzten Jahren weniger ein Thema als konventionell, betonte von Löbbecke. Und auch die Ökobilanz werde für einen Apfel nicht unbedingt schlechter, wenn er aus Neuseeland statt aus dem Alten Land komme, Flugware verweigere man sich bei Lehmann natur allerdings doch. So wurde auf der Veranstaltung der Regionalbegriff gedehnt, angefangen bei Josef Jacobi von der Upländer Bauernmolkerei, bei dem schon zwei Bundesländer eine große Region des Handelns sind, über die Region Deutschland bis hin zur Region ganze Welt, Hauptsache per Schiff. Der Ökolandbau bietet heute die ganze, dadurch auch ein Stück weit beliebige Bandbreite an Produkten und an Werten – dafür wird bei der DLG niemand aus dem Saal gejagt. cs

Geht die Transparenz verloren?

Die wachsende Nachfrage bedroht gewachsene Strukturen

Bei genauerer Betrachtung der Verbandsstrukturen, der Verhältnisse von Produzenten zu Verarbeitern wird deutlich, dass der ökologische Landbau einem Strukturwandel unterliegt. Dies steht im engen Zusammenhang mit dem fortschreitenden Wachstum der Branche.

Die Ökobranche wächst weiter. Der BÖLW nennt für 2008 ein Umsatzplus bei Biobiolebensmitteln von 10 Prozent.

Die Nachfrage großer Chargen gleicher Qualitäten über einen langen Zeitraum verträgt sich aber nur schlecht mit den gewachsenen Strukturen der Erzeugergemeinschaften, mit hohen Qualitäten aber vergleichsweise geringen Mengen. Um diesem Dilemma zu begegnen werden immer wieder größere Partien aus dem Ausland eingekauft. Nicht ohne Konsequenz für den heimischen Markt und dessen Preisstrukturen. Denn ganz ähnlich wie im konventionellen Lebensmittelhandel werden die Rohstoffe auch im Biosektor zunehmend austauschbar. Nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung sind auch die Eigenmarken der Großhändler, denen zwar Markenpotential bestätigt wird, hinter dem aber die Hersteller und Produzenten verschwinden.

Im Vergleich zu den hohen deutschen Verbandsstandards fällt schon die EU-Ökoverordnung deutlich ab. Noch extremer sind

die Unterschiede zu außereuropäischer Ware. Wenn unterschiedliche Standards und Herkünfte für den Verbraucher nicht mehr sichtbar sind, dann ist es vor allem der Preis, der entscheidet. Die Importware steht damit in direkter Konkurrenz zur heimischen Produktion nach Verbandsstandards.

Fair als Grundprinzip

Bei den Anbauverbänden sind diese Entwicklungen lange bekannt und man versucht mit unterschiedlichen Strategien dagegen vorzugehen. Oftmals stecken die verbandseigenen Vermarktungsorganisationen aber selbst in der Zwickmühle, nicht ausreichend heimische Ware anbieten zu können, und erzeugen dann mit Zukauf und Rezertifizierung die eigene Konkurrenz.

Der Verein „Bio fair für alle“ hat auf der Biofach deutlich gemacht, dass neue Wege beschritten werden müssen. Die Doppelmoral, auch bei Bioprodukten, müsse beendet werden. Niemand versteht wo, was, an welcher Stelle verarbeitet wurde. Peter Bierhance, Fairtriebsleiter bei GEPA, verdeutlicht anhand fair gehandelter Schokolade mit 60 Prozent Kakaoanteil. Die sei eben nur zu 60 Prozent fair. Über die Herkunft der Milchanteile wird dagegen keine Auskunft gemacht.

Einen ganz anderen Weg schlägt der neu gegründete Verein „Initiative Deutscher Bundesverband ökologischer Landbau“ ein. Die Initiative versteht sich als erster Schritt auf dem Weg zu einem Verband, in dem alle in Deutschland ökologisch wirtschaftenden Landwirte zusammenkommen sollen. Mit einem einheitlichen deutschen Bio-Siegel soll dem Verbraucher gegenüber die Herkunft und Qualität dargestellt werden. Dabei will der Verein auf dem Niveau der heutigen Verbandsstandards arbeiten. Wie die 40 Prozent der Biobetriebe integriert werden sollen, die derzeit nach EU-Verordnung produzieren, bleibt offen. Aufmerksamkeit erregte die Gründung aufgrund einer unterstellten Nähe zum Deutschen Bauernverband. Diese sei allerdings nur in seiner Person begründet, erklärt Carsten Niemann. Er habe seine Kontakte zum DBV-Vize Helmut Born genutzt, um ein Gesprächstermin im Landwirtschaftsministerium zu bekommen, bei dem über eine mögliche Nachfolgenutzung des von Renate Künast eingeführten Bio-Siegels durch den Verein gesprochen wurde. In den kommenden Wochen möchte die Initiative mit möglichst vielen Bauern und Verbänden sprechen, um die Chancen für einen gemeinsamen Dachverband auszuloten.

mm



Foto: BLE/Thomas Stephan

Gestörtes Klima im Agrarministerium

Als weiterhin „gestört“ bewertet der Landesdatenschutzbeauftragte von Bosse das Personalklima in Sachsen-Anhalts Agrarministerium, nachdem bekannt wurde, dass – entgegen einer Äußerung von Staatssekretär Aeikens – die Dateien von Mitarbeitern und Personalräten durchsucht wurden. Man fahndet nach dem Verfasser eines anonymen Schreibens, in dem Aeikens (CDU) beschuldigt worden war, einem hochrangigen CDU-Funktionär lukrative Verträge bei Vermietung und Wärmelieferung sowie beim Kauf einer öffentlichen Biogasanlage zugeschanzt zu haben (das Rechnungsprüfungsamt sprach von einem „Schnäppchenpreis“).

Die Staatsanwaltschaft fand trotz dieser „starken Informationsdichte“ laut *Magdeburger Volksstimme* „keine Anhaltspunkte für konkrete Ermittlungen“. Sie ermittelte allerdings – erfolglos – gegen den Personalrat Behrendt als verdächtigen Hinweisgeber, Personalräte demonstrierten daraufhin vor dem Ministerium gegen „Einschüchterung“ und ein „Klima der Angst“. *pm*

Agrardiesel nicht im Konjunkturpaket

Nachdem der Bundestag nun endgültig das Konjunkturpaket II beschlossen hat, zeigte sich der Bauernverband enttäuscht darüber, dass keine Forderungen des Berufsstandes erfüllt sein. Besonders die Anpassungen beim Agrardiesel an die Regelungen der übrigen europäischen Länder ist dem Bauernverband ein großes Anliegen. Er will nicht nur die Anpassung der Literpreise, sondern vor allem den Wegfall der Ober- bzw. der Untergrenze (den sogenannten Selbstbehalt) bei der Geltendmachung der günstigeren Steuersätze. Damit kämpft er wieder einmal nur auf den ersten Blick für alle Bauern und Bäuerinnen, profitieren würden aber am Ende am stärksten wieder einmal die großen Betriebe, die beim Wegfall der Obergrenze zum Teil erheblich mehr Geld in ihre Kassen bekämen. *cs*

Umweltrecht zersplittert weiter

Nach dem Scheitern eines der größten Projekte der großen Regierungskoalition in Berlin, dem Umweltgesetzbuch (UGB) werden Schuldzuweisungen hin und her geschickt und Wunden geleicht. Während die SPD-Politiker, allen voran der Motor des UGB, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und Kanzlerin Angela Merkel dafür verantwortlich machen, dass die Idee eines bundesweit einheitlichen Umweltraumrechts nun auf absehbare Zeit gestorben ist, kritisieren Unionspolitiker die unnachgiebige Haltung der SPD in dem Versuch, Verschärfungen für die Landwirtschaft zu installieren. So nennt der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU Peter Bleser das Werk „einen faulen Kompromiss.“ Es gibt aber auch Kritiker am Scheitern des Projektes aus den Reihen der Union wie den schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher, der den Mittelstand nun als großen Verlierer sieht, der durch das UGB bürokratische Erleichterungen erfahren hätte. War das Umweltrecht in Deutschland bislang schon zersplittert genug, so wird es durch die Förderalismusreform im nächsten Jahr noch mehr durch die jeweiligen Länderinteressen und Einflüsse geprägt werden. *cs*

Milchsteigernde Namen

Kühe, die nicht nur eine Nummer haben, sondern auch einen Namen, geben im Jahr 260 Liter mehr Milch, das fanden Forscher aus dem britischen Newcastle jetzt heraus. *pm*

Kurzes am Rande

Peinliche Posten?

Bauernverbandschef Gerd Sonnleitner hat viel um die Ohren

Der Bayerische Bauernverband reagiert in letzter Zeit mit Androhung rechtlicher Schritte, wenn die Posten seines Präsidenten Gerd Sonnleitner in- und außerhalb der Ernährungsindustrie veröffentlicht werden und wenn dabei auch nur ein kleiner Fehler Anlass für Unterlassungsforderungen gibt: z.B. die Nennung von Ämtern, die abgelaufen sind, oder wenn Sonnleitner irgendwo „Vorsitzender“ und nicht „Präsident“ ist.

Wir nehmen dies zum Anlass, die folgende, aktualisierte Auflistung zu veröffentlichen (Stand: 22.1.2009):

Auf der Internetseite des Bayerischen Bauernverbandes / BBV (Stand 22.1.2009) werden folgende Posten von Gerd Sonnleitner genannt:

- seit 1987 Mitglied des Bezirksvorstandes Niederbayern des BBV
- seit 1991 Präsident des Bayerischen Bauernverbandes
- seit 1997 Präsident des Deutschen Bauernverbandes
- seit 2007 Vizepräsident des Europäischen Bauernverbandes (COPA)

von Aufwand und Verantwortungsumfang ermittelten Grundlagen.

Vorstands- und Aufsichtsratsmandate in Organisationen und Institutionen innerhalb des Bayerischen und Deutschen Bauernverbandes

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Land-Data
Vorsitzender des Aufsichtsrates des BLV Buchverlages GmbH & Co.KG

Vorsitzender des Aufsichtsrates der bbv-service Versicherungsmakler GmbH

Vorstands- und Aufsichtsratsmandate in Organisationen und Institutionen außerhalb des Bayerischen und Deutschen Bauernverbandes

Vorsitzender des Verwaltungsrates des Absatzförderungsfonds der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Absatzfonds)

Vorsitzender des Vorstandes im Verein Information.Medien.Agrar (IMA)

Vorsitzender des Verwaltungsrates der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Mitglied des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Vorsitzender der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL)

Mitglied des Aufsichtsrates der Messe Berlin GmbH

Mitglied des Aufsichtsrates der R+V Allgemeine Versicherung AG

Mitglied im Aufsichtsrat der Münchener & Magdeburger Agrarversicherung AG

Nicht genannt werden auf der Internetseite des BBV folgende weitere Posten:

Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Internetseite der BDA, 22.1.2009)

Mitglied des Präsidiums des Deutschen Raiffeisenverbandes (Internetseite des DRV, Stand 2.1.2009)

Mitglied der Hanns-Seidel-Stiftung (Internetseite der H.S.Stiftung, Stand 16.10.2007)

Vorsitzender des Zentralausschusses der Deutschen Landwirtschaft (Internetseite des ZA DL, 22.1.2009)

Mitglied des genossenschaftlichen Beirats der Baywa AG (Geschäftsbericht der Baywa AG 2007)

Vorsitzender des Aufsichtsrates des Deutschen Landwirtschafts-Verlags GmbH (Internetseite dlv, 22.1.2009)

Ex-officio-Kurator des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft (Internetseite Stand August 2008)

Mitglied im Gesamtausschuss der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft / DLG (verschiedene Jahresberichte der DLG)

Mitglied im Außenwirtschaftsbeirat beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie (Internetseite BMWt Stand 12.1.2009)

en



„Um die „Innovation in den Ställen“ zu verdeutlichen, reichte der Bauernpräsident wohlgeschmeckende Wellnessgetränke mit Milch.“
Text und Foto: DBV

Weiter heißt es auf der Internetseite:

„Präsident Sonnleitner nimmt Vorstand- und Aufsichtsratsaufgaben ausschließlich für Institutionen wahr, die in engem Zusammenhang mit der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft stehen. Zur Wahrnehmung der Aufgaben des Präsidenten des Bayerischen Bauernverbandes bzw. des Deutschen Bauernverbandes gehört auch die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen. Die von einigen Institutionen gewährte Aufwandsentschädigung beruht auf rechtlich festgelegten, von den zuständigen Gremien beschlossenen und anhand

„Eine absolute Katastrophe“

Alle Milchbauern sind in Not. Jetzt haben auch Großbetriebe die Landwirtschaftsministerin um Hilfe gebeten

Die Grenze ist schon lange überschritten. Milcherzeuger produzieren bei den enorm gesunkenen Milchpreisen nur noch mit Verlusten. Der Deutsche Bauernverband (DBV) predigt derweil das Prinzip: Investieren, Optimieren und Wachsen. Jetzt wird deutlich, dass auch moderne, optimierte Großbetriebe mit dem niedrigen Milchpreis nicht leben können. Einige von ihnen forderten kürzlich in einem offenen Brief Agrarministerin Aigner auf, umgehend zu handeln. „Eine Anpassung des Angebots an die Nachfrage durch ein flexibles Mengensteuerungssystem“ lautet ihre Forderung.

Einer von ihnen ist Jochen Aalberts. Landwirt in Mecklenburg-Vorpommern mit 2.000 Hektar Ackerbaufläche und einer Milchquote von 9,7 Millionen Kilogramm. 1.100 Holstein-Friesen werden auf seinem Betrieb gemolken. In einer Stunde werden 150 der Hochleistungstiere durch den Melkstand geschleust. Zwischen den Melkzeiten bleibt gerade noch Zeit, die Reinigung laufen zu lassen.

All das nützt dem Betriebsleiter aus Priborn nichts. Der gebürtige Holländer kämpft ums Überleben seines Betriebs und die Arbeitsplätze seiner 20 Mitarbeiter. Im Januar bekam er für seine Milch gerade mal 22 Cent/kg. „Wenn der Milchpreis bis November nicht steigt, dann bleibt uns keine andere Wahl als aufzuhören“. 40 Cent/kg ist seine Forderung.

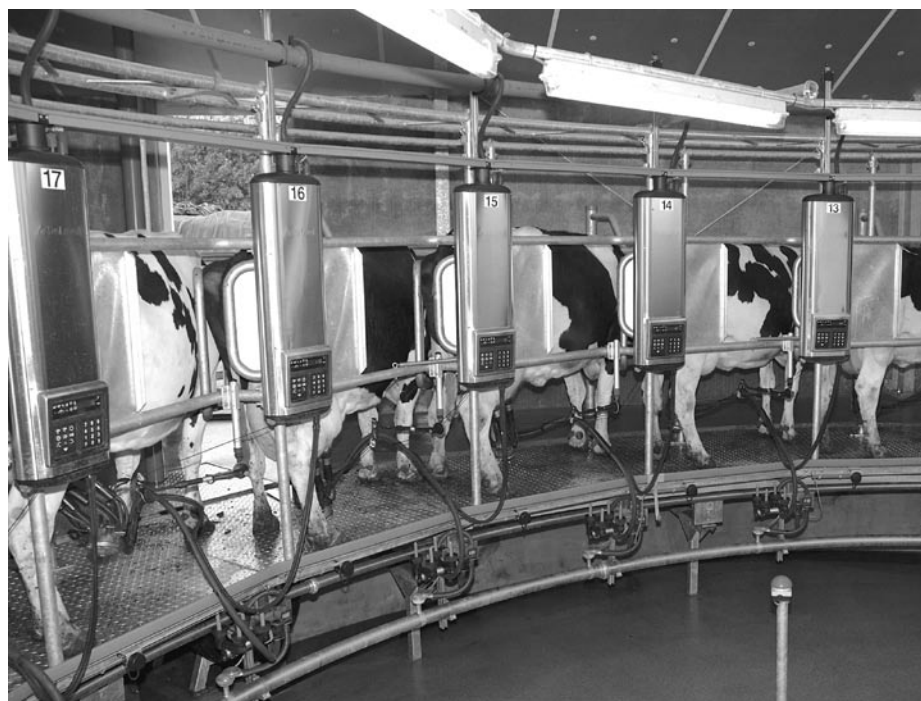
Seit August 2008 ist der Milchpreis um bis zu 12 Cent/kg gesunken. Im Januar zahlten die Molkereien Viöl eG in Schleswig-Holstein und die Rücker's Ostsee Molkerei Wismar in Mecklenburg-Vorpommern einen Rekord-Niedrigpreis von 19 Cent/kg Milch.

Von modernen Betrieben

Aalberts gehört zu jenen Landwirten, die in den letzten Jahren auf Modernisierung und Investition gesetzt haben und damit den Empfehlungen der Agrarökonomien gefolgt sind. Seit 1993 hat der Familienvater von drei Kindern zwei Boxenlaufställe und einen Jungrinderstall gebaut. Er hat nach eigener Auskunft insgesamt mehr als 5,5 Mio. Euro investiert. Top Kuhkomfort. Tiefe Liegeboxen, mit einem Bett aus Sägespänen. Die Kühe sind sauber. Der Stall ist gut durchlüftet. Mit diesen Ställen kann Aalberts sich sehen lassen. Ein aufstrebendes, zukunftsfähiges Agarunternehmen also. Als Solches würden es zumindest einige Vertreter der Landwirtschaft, Berater und Agrarökonomien bezeichnen. An einen Ökonomen hat sich Aalberts auch gewandt, um ihn in der Krisenzeit um Rat zu fragen. „Ich müsste es schaffen, die Milch für 22 Cent zu produzieren, sagte mir ein Professor aus Weihenstephan. Das

ist doch unmöglich! Ich sag ihm doch auch nicht, dass er für 500 Euro im Monat hinkommen muss.“

Ein gut wirtschaftender Betrieb im Osten müsse allein für Lohnkosten (5-7 Cent/kg Milch), zugekauftes Futter (etwa 6 Cent/kg) und eigen produziertes Futter (etwa 5 Cent/kg) mit etwa 17 Cent/kg Milch rechnen, so Alberts. Da sind noch keine Maschinenkosten, kein Unterhalt, keine Abschreibung, keine Grundsteuer und Sonstiges enthalten. Eine rentable Produktion mit einem Auszahlungspreis von 22 Cent/



Auch bei neuester Technik zählt der Preis

Foto: de Laval

kg ist unmöglich.

Aalberts ist verärgert. „Die Betriebe müssen zukunftsfähig sein. Die Betriebe müssen wachsen. So hat man uns das immer verkauft.“ Er glaubt das nicht mehr und fordert alle Landwirte auf, die Professoren und führenden Leute in der Landwirtschaft nach Hause zu schicken. Falsche Versprechungen und schlechte Beratung sieht er als eine Ursache der momentanen Notlage deutscher Milcherzeuger.

Die Fördergeldfalle

Auf dem Hof Pfaffendorf in Sachsen-Anhalt ist die Situation ähnlich. „Zur Zeit ist es eine absolute Katastrophe.“ Birgit Meurer überwacht die Produktion von 6,4 Millionen kg Milch im Jahr. Auf ihrem Betrieb in Edderitz arbeiten 16 Mitarbeiter und versorgen rund 700 Kühe. Die Molkelei zahlt gerade mal 21,3 Cent/kg. Vor kurzem ist der Betrieb von 3 mal auf 2 mal täglich Melken umgestiegen. „Wir gucken jeden Tag, wo wir noch einen Cent sparen können. Aber irgendwann ist das Limit erreicht.“ Die Mutter von vier Kindern steht unter enormen Druck. Seit ihr Mann

vor neun Jahren gestorben ist, leitet sie das Unternehmen, dem fünf weitere Landwirtschaftsbetriebe angegliedert sind, allein. Gemeinsam mit fünf weiteren Betrieben bewirtschaften sie eine Fläche von insgesamt 3.500 Hektar. Noch können die Rechnungen bezahlt werden, aber nur weil die Milchproduktion durch den Ackerbau quersubventioniert werden kann.

Zwischen 1995 und 2002 hat Meurer die elf Ställe ihres Betriebs sanieren und aufrüsten lassen. Alles mit Hilfe von Fördermitteln, der sogenannten Rindvieh-Stabili-

sierungsprämie. „Die Landespolitik wollte mit der Prämie die Arbeitsplätze auf dem Betrieb sichern.“ Die damals zum größten Teil aus EU-Mitteln finanzierten Fördergelder binden sie heute an die Milchproduktion. „Dadurch, dass wir Fördergelder in Anspruch genommen haben, sind wir mehr oder weniger dazu gezwungen, noch zehn Jahre weiter zu melken.“ Die Ställe dürfen nicht zweckentfremdet werden. Weiter melken ist bei den momentan niedrigen Milchpreisen äußerst schwierig. Ans Aufhören ist aber noch weniger zu denken. Dann stünde Birgit Meurer vor einem hohen Schuldenberg. „Wenn wir nicht mehr produzieren würden, müssten wir die Fördermittel zurückzahlen.“ Zusätzlich laufen auf die Ställe noch Darlehen, die Meurer jeden Monat bedienen muss.

Die Idee, für einen höheren Milchpreis freiwillig auf Menge zu verzichten, ist auch für Großbetriebe interessant. „Ich bin bereit, 20 Prozent weniger Milch zu produzieren, wenn ich statt 22 Cent, 40 Cent kriege“, sagt Aalberts. *mb*

Stabiler Milchpreis in Kanada

Es gibt auch in diesen Zeiten erfreuliche Nachrichten über Milcherzeugerpreise. Dafür muss man aber nach Kanada schauen. Im Februar dieses Jahres wird den Milcherzeugern umgerechnet in Euro 45,38 Cent Grundpreis je Liter ausbezahlt, teilt François Bertrand vom Verband der Milchproduzenten in Québec mit. Im vergangenen Jahr wurde der Milchpreis gleich zwei mal angehoben wegen der gestiegenen Kosten. Im Dezember 2007 haben die Milcherzeuger in Kanada einen Auszahlungspreis von 43,61 Cent/Liter erhalten. An dieser Stelle lohnt sich ein Vergleich mit den Milcherzeugerpreisen beispielsweise in Deutschland. Während die Milcherzeuger im Dezember 2007 noch 40,88 Cent je Kilogramm bekommen haben, ist der Auszahlungspreis kürzlich auf bis zu 19 Cent je Kilogramm abgerutscht, die die Molkereigenossenschaft Viöl eG ihren Mitgliedern auszahlt und damit bundesweit das Preistief anführt. In Kanada haben die Milcherzeuger die zehn Milchvermarktungsstellen in der Hand. Mittels einer aktiven Mengensteuerung, die sich am Bedarf im Land orientiert, werden kostendeckende Erzeugerpreise erzielt. Die niedrigen Milchpreise in Europa sind hingegen der jüngsten und starren Mengenausdehnung geschuldet, die die Politik auf den Weg gebracht hat. *bet*

AbL Landesvorstand Bayern auf Klausur

Am 31.1./1.2.2009 traf sich der Landesvorstand Bayern im Heilig Geist Haus in Burghausen, weil auf den regulären Landesvorstandssitzungen für inhaltliche Diskussionen zu wenig Zeit bleibt. Damit genug Zeit für Diskussionen zur Verfügung stand, waren im Vorfeld zu den Themenbereichen Förderung/Prämien, Milch und Fleisch, Boden, Klima, Blauzungenkrankheit und Gentechnik von den verschiedenen Vorstandsmitgliedern Diskussionsvorlagen erarbeitet worden. Dadurch schafften wir es, zu den 6 Themenbereichen eine einheitliche Positionsfindung zu erarbeiten. Dieses Positionspapier soll auf der Jahresmitgliederversammlung des Landesvorstandes am 1.3.2009 in Hirschhorn den Mitgliedern vorgestellt werden. Wir hoffen, damit unseren Mitgliedern eine Argumentationshilfe zu verschaffen, da immer wieder Anfragen an uns Abl'er gestellt werden, was die AbL denn macht und für was sie denn eintritt. Auch für die anstehenden Wahlen in diesem Jahr kann das Positionspapier dienen, den einzelnen Abgeordneten auf Landes-, Bundes- oder Europaebene abzufragen, wie sie zu den einzelnen Themen stehen. Trotz der vielen Diskussionspunkte blieb auch Zeit bei den Mahlzeiten und beim Abendessen im Knoxoleum für private Gespräche. Für den Landesvorstand war es eine runde Sache und mit einem positiven Gefühl verbunden, mit einer guten Arbeitsvorlage in ein aktionsreiches Jahr 2009 zu gehen. *Andreas Remmelberger*

Kunst-Quadrate im Land

In Sachsen-Anhalts Feldern, Wiesen und Wäldern soll es im nächsten Jahr viele 100 Meter breite Kunst-Quadrate geben, die von den Landwirten selbst mit Saat-, Bearbeitungs- oder Anbau-Variationen gefüllt werden. Die „Ökomenta 09“ wird initiiert vom Essener Professor Bernhard Matthes, der in den Vorjahren bereits ein ähnliches Projekt bei Köthen und eine „Symphonie für 36 Kühe und 16 Musiker“ im Freien durchgeführt hat. Er will mit der vom Land geförderten und von verschiedenen ländlichen Verbänden getragenen Aktion den Blick auf die Landwirte „als wichtigste Berufsgruppe weltweit“ und auf den Tourismus im ländlichen Raum lenken. *en*

Neues Präsidium beim Biogas Fachverband

Ins siebenköpfige Präsidium des Fachverbandes Biogas e.V. wurde der AbL-Bauer und Biogaspionier Horst Seide aus dem niedersächsischen Wendland gewählt. Der bundesweite Verband ist mit 3.400 Mitgliedern die Interessenvertretung aller Biogaserzeuger. Horst Seide will den Focus seiner Mitarbeit im Präsidium auf die Interessenvertretung gerade der kleineren, bäuerlichen Biogaserzeuger legen. „Es wird zukünftig noch stärker eine Groß-Klein-Diskussion geben, gerade auch bei der Frage der Gaseinspeisung“, so Seide. Es werde immer argumentiert, dass große Anlagen effizienter seien als kleine, dabei lasse man außer acht, dass kleinere Anlagen von der Politik finanziell gefördert würden und zudem Kostenvorteile, z. B. beim Transport des Gases mit sich brächten. *cs*

Ein Brief an die Ministerin

Gentechnikfreier Anbau und Saatgut-Vermehrung muss als Grundrecht geschützt werden, egal ob für den persönlichen Gebrauch oder kommerzielle Zwecke. In dieser *Bauernstimme* liegt ein Flyer mit einer Postkarte an Landwirtschaftsministerin Aigner bei. Fordern auch Sie von der zuständigen Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, Mon810 zu verbieten und im EU-Ministerrat gegen weitere Zulassungen von Gentechnik-Mais zu stimmen. Stattdessen soll sie den Anbau von samenfesten Maissorten in ganz Deutschland fördern und Kleingärtner ebenso vor Gentechnik schützen wie Landwirte. Alle, die mehr schreiben wollen, finden ein individuell veränderbares Schreiben an beide Ministerien auf der Homepage: www.abl-ev.de. *mn*

Kurzes am Rande

Auf den Spuren von Rudolf Bahro

AbL-Sachsen/Thüringen trifft sich auf dem Lebensgut Pommritz

Kalt und ungemütlich war es, als sich die AbL-Mitglieder des Landesverbandes Sachsen/Thüringen zu ihrer diesjährigen Winterversammlung auf dem Lebensgut Pommritz in der Oberlausitz getroffen haben. Der Besuch und die Besichtigung bäuerlicher Betriebe im Rahmen der alljährlich stattfindenden Winterversammlungen gehört mittlerweile zu einer lieb gewordenen Tradition der AbL-Sachsen/Thüringen und so musste Thomas Hieke, Gesellschafter der Ökolandbau Pommritz GbR und einer der Mitbegründer des Lebensgut Pommritz im Rahmen eines Hofrundgangs zahlreiche Fragen zur hofeigenen Käseproduktion, zur Hofbäckerei oder zur Direktvermarktung beantworten. Von besonderem Interesse für alle Anwesenden waren seine Ausführungen zur Entstehung des Lebensguts Pommritz. Kein Geringerer als Rudolf Bahro, einer der Mitbegründer der Partei „Die Grünen“, hatte 1990/91 mit seinen Vorlesungen an der Humboldt-Universität Berlin zu Fragen der ökologischen Krise den Grundstein für die praktische Entwicklung sozial-ökologischer Experimente gelegt.

In der anschließenden Versammlung berichteten die beiden Landesvorsitzenden Jörg Klemm und Agnes Mocha über die Aktivitäten des zurückliegenden Jahres auf Landesebene. Zu den herausragenden Aktionen zählte sicherlich der anlässlich des Zukunftsforums Landwirtschaft der sächsischen Staatsregierung initiierte „Pollenflug“ in Dresden. Mit der so betitelten Luftballonaktion gemeinsam mit dem Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Sachsen wurde für eine bäuerliche zukunftsorientierte Landwirtschaft ohne Gentechnik demonstriert. Stellvertretend für den gesamten Landesvorstand räumten die beiden Landesvorsitzenden jedoch selbstkritisch auch Versäumnisse ein, die – wie so oft – zeitliche Ursachen hatten. Dies war auch ein Grund dafür, dass neben Jörg Klemm auch der übrige Vorstand erklärte, für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stehen zu wollen. Die anschließende Suche unter den Anwesenden nach interessierten Nachfolgern für den Landesvorstand blieb leider erfolglos, so dass die diesjährige AbL-Winterversammlung ein unerwartetes Ende nahm. Die AbL-Sachsen/



Bei der Stallbesichtigung während der Mitgliederversammlung

Foto: Moormann

1992 entstand daraus – mit Unterstützung des damaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf – das Lebensgut Pommritz. Damit sollte es an Information aber noch nicht genug sein, denn von Pommritz aus wurde im Jahr 2008 die Initiative „Oberlausitz gentechnikfrei“ gestartet. Mittlerweile 20 Landwirtschaftsbetriebe auf einer Fläche von etwa 2.400 ha haben sich verpflichtet, keine gentechnisch veränderten Produkte anzubauen. Für 2009 ist der Schulterschluss mit den Verantwortlichen des UNESCO-Biosphärenreservats „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ und des Naturparks „Zittauer Gebirge“, in dem es bereits auch einige gentechnikfreie Landwirtschaftsbetriebe gibt, geplant.

Thüringen ist nach diesem Verlauf nicht kopflos, denn der bisherige Landesvorstand wird bis zur Einberufung einer neuen Mitgliederversammlung weiter kommissarisch im Amt bleiben. Jörg Klemm hatte zum Abschluss der Mitgliederversammlung des letzten Jahres verkündet: „Die AbL wird in Ostdeutschland gebraucht!“ Dieser Ausspruch ist gerade in punkto Gentechnik einsetz in der Landwirtschaft, Milchpreisentwicklung oder BVVG-Flächenvergabe aktueller denn je, so dass dies für alle AbLer im Landesverband Sachsen/Thüringen allein genug Motivation sein sollte, die bäuerliche Bewegung in Ostdeutschland weiter mit Leben zu füllen.

*Christoph Moormann
AbL Sachsen/Thüringen*

Von gefälltten Bäumen und neuen Hallen

Die Hofübergabe fällt nicht immer leicht

Im Jahr 1993 wurden wir – bis dahin nach § 13a besteuert – zur Buchführung aufgefordert. Nun hatte ich zwar immer die Steuererklärung ausgefüllt, um die Finanzen hatte sich jedoch überwiegend meine Frau Waltraud gekümmert. Dieses „überwiegend“ war schließlich in „ausschließlich“ übergegangen, als die Bank einen Automaten aufgestellt hatte und ich mit dem Versuch, dort Geld abzuheben, kläglich gescheitert war. Systematische Aufzeichnungen lagen mir gar nicht, Handschlagsgeschäfte umso mehr. Mit anderen Worten: Auf Buchführung durfte ich mich auf gar keinen Fall einlassen. Als die Abmahnungen immer ernster und die Vorlage einer Eröffnungsbilanz immer unausweichlicher angefordert wurde, hatte Sohn Peter mit der Vollendung des 18. Lebensjahres gerade Volljährigkeit erreicht. Er war bereit, obwohl wir dabei waren, den 5 Jahre jüngeren Christoph auf die Hofnachfolge einzustimmen, einen Pachtvertrag über die Hälfte des Betriebes zu unterschreiben. So wurden wir zwei 13a-Betriebe. Neben Abitur und Kaufmannslehre musste Peter nun auch Förderanträge stellen und sich mit Kontrollen auseinandersetzen. Damit war er schon früh in die betrieblichen Abläufe einbezogen. Nach einem Fußballunfall lag Peter 1998 längere Zeit im Krankenhaus und hatte viel Zeit zum Nachdenken. Als wir bei einem Besuch ins Gespräch kamen, äußerte er den Wunsch, auch gerne den Hof übernehmen zu wollen. Daraufhin schickten wir Christoph ans Krankbett, um mit seinem Bruder über die Hofnachfolge zu sprechen. Das führte zu einem eindeutigen Ergebnis zu Peters Gunsten. An dem Weihnachtstage des Jahres 2000 – in dem Jahr hatte ich das 55. Lebensjahr vollendet – waren unsere vier Kinder zu Hause und es bestand weiterhin Konsens darüber, dass Peter den Hof weiter führen solle. Diese Gelegenheit wollten wir nutzen, unsere Vorstellungen und Wünsche auszutauschen und Abfindungsregelungen festzulegen. Diese Besprechung endete mit der Formulierung eines Testaments und der Protokollierung der Gespräche. Jedem Kind gaben wir eine Kopie von Protokoll und Testament. Nun kristallisierten sich Peters Pläne für die weitere Ausrichtung des Hofes immer deutlicher heraus: Die 1989 begonnene biologische Wirtschaftsweise stellte er nicht in Frage. Mit gleicher Eindeutigkeit stand fest, dass Kühemelken für ihn nicht in Frage kommt. Mich, der einem Hof ohne Kühe das Attribut „bäuerlich“ aberkennt, kostete die Abschaffung der

Milchkühe einen Tropfen Herzblut. Wir halten eine Quote von 66.000 kg. Das Melken strukturierte den Tag und der Trott der Kühe vom Kleefeld zum Stall verwandelte den hinterher trottsenden Bauern für 20 Minuten in einen Philosophen. Dreizehn Kühe zweimal täglich zu melken habe ich gerne gemacht. Hätte ich jedoch einmal in der Woche hundert Kühe melken müssen, wäre das stimmungsmäßig eine Katastrophe gewesen. Das alles erwähne ich so detail-

lich, war ohne Fenster, Türen und Stromanschluss. Vielleicht zu provisorisch wieder hergerichtet ist es für uns ein Stück Lebensgeschichte, für Peter eine schwere Hypothek. Auf mein Betreiben hin haben wir 2005 den Waltraud und mir gehörenden Hof auf Peter übertragen. Am notariellen Vertrag waren auch unsere drei weiteren Kinder beteiligt – außer dem bereits erwähnten Christoph noch Kathrin und Annette, die mit der Über-

sinnvolle Maßnahme. Es bedarf einiger Jahre, um die theoretische Erkenntnis, dass Generationswechsel nicht einfach die Verlängerung der eigenen Ideen ist, in Gelassenheit und unterstützende Zustimmung für die Pläne des Nachfolgers umzumünzen. Erleichtert wird der Prozess durch das luxuriöse Privileg, einerseits so viel Beständenes einfach abstreifen zu können: Keine Fristen und Anträge mehr. Unbehelligt von immer neuen Verordnungen und Bestimmun-



Heinrich, Peter und Waltraud Angenendt. Ein gelungener Generationswechsel

Foto: Herzog

liert, weil es ein verständlicher Anlass für Peters Gegenpositionen ist. Das von mir vor Jahren abgelehnte Angebot der Zupacht des Nachbarhofes, der Versuch, einen Hallenbau für den Hauptbetriebszweig „Saatgut“ zu verhindern, weil an der geplanten Stelle Apfelbäume – und vor allem ein Kirschbaum – stehen und die Diskussion um das Fällen der alle Gebäude überragenden Trauerweide, von der gelegentlich Äste abbrechen, sind weitere Beispiele. Weil ich mir die senkrecht hochgehenden Haare bei der Lektüre des landwirtschaftlichen Wochenblattes nicht mehr antun wollte, war ich schon vor vielen Jahren froh, eine einfache Maßnahme ergreifen zu können: die Abo-Kündigung. Schon längst hat Peter es wieder abonniert. Unser altes Fachwerkhaus ist 1804 erbaut. Bevor wir es 1978 nach dem damaligen Hofkauf bezogen, hatte es zehn Jahre leer gestanden, besaß nur fleckenweise

gaben an Peter den Ort ihrer Kindheit erhalten sahen und für die wir die Bestimmung eingeführt haben, dass bei Landverkauf der Erlös 30 Jahre lang auf alle vier aufzuteilen ist. Altenteilrechte haben wir uns nicht grundbuchlich sichern lassen. Zu allem, was wir bei Peter befürchten könnten, gehört nicht, dass unsere materiellen Ansprüche zu kurz kämen. Wir führten keine getrennten Konten und unsere Entnahme wird von Peter nicht kritisch beäugt. Nun steht längst eine Halle, wo vorher Apfelbäume standen und fügt sich eher abrundend als beeinträchtigend, wie vorher von mir befürchtet, ins Hofbild. Es wird das letzte Jahr sein, in dem ich noch Mastrinder füttere oder im Sommer ein Kleefeld – meist unzureichend – einzäune. Im nächsten Jahr wird deren Stall für Mastschweine umgebaut. Zur Verwertung von Abfall bei der Saatgutaufbereitung ist das eine

gen zu bleiben und Kontrolleure an Peter verweisen zu können und andererseits noch tun zu dürfen, was mich die Zeit vergessen lässt: Handwerkliches und vor allem Pflügen, wobei ich immer befürchte, zu schnell fertig zu sein. Und noch eine große Hilfe bei diesem Lernprozess: Seit Kurzem wohnt im nebenstehenden Spikerhäuschen neben Peter und seiner Frau Doris auch noch Ida, unser erstes Enkelkind.

Heinrich Angenendt

Betriebsspiegel

60 Hektar Ackerbau
30 Schweine
20 Hühner
5 Rinder
Saatgutvermehrung
seit 1990 Bioland zertifiziert

Konzepte statt einseitiger Profite

Marktöffnung und Exportorientierung nur dann, wenn es der Industrie passt

„Mitleidmilch“

Neben der vom Bauernverband unterstützten Bauernmilch, die über den Discounter Lidl vertrieben wird und den Milchbauern und -bäuerinnen durch einen Preisaufschlag einen höheren Auszahlungspreis bescheren soll, gibt es nun ein ähnliches Projekt auch von Edeka/Plus/Netto. Die in Internetteffs auch als „Mitleidmilch“ bezeichnete Aktionsware wird von Frischli, der Hohenloher Molkerei und den Naabtaler Milchwerken abgefüllt und über die Plus- und Netto-Discountmärkte der Edeka-Gruppe mit einem Aufschlag von 10 Cent pro Liter vermarktet. Die durch die „Ein Herz für Erzeuger“-Milch eingefahrenen Mehrerlöse sollen einmal jährlich direkt an die Milchbauern und -bäuerinnen weitergegeben werden. Dies soll ein Wirtschaftsprüfer in den Molkereien sicherstellen. Bisher gibt es lediglich H-Milch, laut eines Edeka-Sprechers werden demnächst auch „Ein Herz für Erzeuger“-Schinken und -Kartoffeln dazu kommen. *mc*

Der Chef der Welthandelsorganisation, Pascal Lamy, dürfte in den vergangenen Wochen aus dem Staunen nicht mehr raus gekommen sein. Immer wieder erreichten ihn Nachrichten über unterschiedlichste Reaktionen in vielen Ländern, um ihre eigene Wirtschaft zu stärken. Argentinien legte einer breiten, knapp 800 Produkte umfassenden Liste sensibler Waren Importschranken auf. Indonesien verhängte Zölle für 500 Importprodukte. Indien hat die Zölle für Sojabohnen und Stahlerzeugnisse angehoben. Lamy wettete: Die Weltgerate mehr und mehr auf einen schlüpfrigen Pfad, auf dem eine Schutzmaßnahme mit einer anderen vergolten werde. Bisher wurde der Abbau von Zöllen und sonstiger Handelshemmnissen in bilateralen und multilateralen Handelsabkommen vorangetrieben. Seit die Wirtschaftskrise aber in immer mehr Ländern angekommen ist, scheint die Sache nicht mehr so eindeutig.

Jein zur Zollsenkung

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea sollte in wenigen Wochen abgeschlossen sein. Im Agrarbereich ist Südkorea vor allem für die exportorientierte Schweineindustrie in Deutschland interessant. Überschüssiges Schweinefleisch muss vom Markt gebremst werden die Verhandlungen neuerdings von der europäischen Autoindustrie. Sie forderte im Februar kurzerhand sieben Jahre Importzölle für Autos aus Südkorea statt fünf Jahre. Der Grund? Nach Angaben der Autoindustrie sind 600.000 Autos aus Südkorea in die EU importiert worden, während umgekehrt gerade mal 22.000 europäische Autos verkauft wurden. Unterdessen bleibt der Druck seitens der EU auf die Öffnung vor allem afrikanischer Märkte im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) bestehen. Die neue EU-Handelskommissarin Catherine Ashton besuchte in der ersten Februarwoche verschiedene Länder im Süden Afrikas, um die Verhandlungen voranzutreiben. Damit „wir alle von unserer ökonomischen Partnerschaft profitieren“, sagt sie. Hierbei wird sie von keiner europäischen Industrie gebremst, denn es sind kaum ernsthafte Konkurrenzimporte aus den afrikanischen Ländern zu erwarten. Es würden aber neue Exportmärkte für die europäische Industrie geöffnet. Das Landwirtschaftsministerium betont immer wieder großes Interesse an einer Marktöffnung etwa in Südafrika für Schweinefleisch und Milchprodukte aus Deutschland.

Heimische Wirtschaft stärken

In China können die 167 Millionen Bauernhaushalte vier Jahre lang Sonderrabatte auf Fernseher, Kühlschränke und andere

Haushaltsgeräte bekommen. Damit will die Regierung den Herstellern von Konsumgütern unter die Arme greifen. Um die Landwirtschaft zu unterstützen, lässt Peking Agrarprodukte subventionieren und will in Infrastruktur und Ausbildung der Landbevölkerung investieren. Damit sollen Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten werden, denn fünf bis sechs Millionen Bauern wandern jährlich zur Arbeitssuche in die Städte. Das Land setzt auf die eigene Produktion von Nahrungsmitteln. Mit Erfolg, wie die steigende Fleischerzeugung zeigt, die in diesem Jahr um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen soll. Russland kurbelt ebenfalls die Landwirtschaft mit Investitionsprogrammen an. Damit billige Importe die Entwicklung nicht bedrohen, hat Moskau die Begrenzung von Fleischimporten bis 2012 verlängert. Ab März erhebt die russische Regierung Importzölle für Sojaschrot und verteuert die Einfuhren ausgewählter Milch-



Auf nach Südkorea!

Foto: Bienerth

produkte, darunter Butter. Deutschland zählt zu den bedeutenden Exporteuren von Butter nach Russland. Nach der Wiedereinführung der Exportsubventionen für europäische Milchprodukte im Januar seien diese laut EU u.a. auch nach Russland verkauft worden. Der Absatz für europäische Milchprodukte auf dem Weltmarkt gestaltet sich zunehmend schlecht. Deshalb hat die Europäische Kommission am 20. Februar die Exportzuschläge für Butter um 10 Euro auf 55 Euro pro 100 Kilogramm erhöht, für Magermilch um knapp zwei Euro auf 19 Euro pro 100 Kilogramm und für Vollmilchpulver um 3 Euro auf 29 Euro.

Umdenken im Welthandel

Befürworter der Marktöffnung werden nicht müde, Maßnahmen zur Stärkung der heimischen Wirtschaft zu geißeln. Eine

Absicherung des internationalen Handels sei ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Weltwirtschaft, warb Lamy für einen möglichst raschen Abschluss der Welthandelsrunde, der wieder in die Ferne gerückt ist. Auch der Präsident der Weltbank, Robert Zoellick, warnt vor einem Rückfall in den Protektionismus und den damit verbundenen Gefahren für den Welthandel. Das bleibt allerdings fraglich. Billige Importe von Milchprodukten, vor allem Milchpulver, haben nachweislich die lokale Viehwirtschaft in Sambia, Burkina Faso oder Uganda bedroht oder sogar zerstört. Die deutschen Bauern erwirtschaften geringere Erlöse, während der Agrarexport den höchsten Zuwachs seit Jahren verzeichnet habe, teilte der Rheinische Landwirtschaftsverband (RLV) erst kürzlich mit.

Hinter dem Druck auf Zollsenkung und Exportorientierung stecken keine funktionierenden Wirtschaftsmodelle, sondern

Interessen von Industriesektoren. Deshalb ist ein Umdenken im Welthandel erforderlich. Diese langjährige Forderung der Zivilgesellschaft wird zunehmend aktuell. Handelsfragen rund um Nahrungsmittel gehörten aus der WTO heraus gelöst, sagte der russische Agrarminister Alexej Gordenjew während der Grünen Woche. „Fragen des weltweiten Agrarhandels wären bei der FAO besser aufgehoben. Denn jedes Land, jeder Block hat ein Recht auf Ernährungssicherheit, ebenso wie auf Energiesicherheit.“ Von sozialen und ökologischen Standards im internationalen Handel spricht Barack Obama. Die EU-Kommission will Tierschutz in der WTO verankert wissen. In diesen Zungenschlag passt in jedem Fall das Konzept des „Qualifizierten Marktzugangs“ der ABL.

Berit Thomsen



„100.000 Mastplätze sind nicht bäuerlich“

Protest gegen Agrarfabriken

Massive Proteste gegen Agrarfabriken gibt es nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch im Westen der Republik: Vor allem in Nordrhein-Westfalen und im Emsland wehren sich zahlreiche Bürgerinitiativen, Gemeinden und Landkreise gegen eine Flut von Bauanträgen für Hähnchenmastställe. „Das hat mit bäuerlicher Landwirtschaft nichts mehr zu tun“, so Samtgemeindebürgermeister Pleus aus Dohren, wo ein niederländischer Investor eine Anlage für 15.000 Schweine errichten will. In Etelsen bei Verden wehrt sich eine Bürgerinitiative gegen einen Hähnchenmaststall, der mit über 100.000 Mastplätzen selbst die bisherigen Dimensionen von 25.000 bis 50.000 Tieren sprengen würde und als Vorbote einer Agrarindustrialisierung des Kreises betrachtet wird. Flächennutzungs- und Bebauungspläne sind oft ein zu schwaches Instrument dagegen, aber selbst dies wird von vielen Gemeinderäten aus – zumeist unberechtigter – Angst vor Schadenersatzforderungen nicht genutzt. Der Landkreis Emsland,

dem – zusätzlich zu den vorhandenen 22 Millionen Mastplätzen – schon Anträge für weitere 11 Millionen Masthähnchenplätze vorliegen, verlangt vom niedersächsischen Agrarministerium eine Änderung des Baurechts (§ 35 zum „privilegierten Bauen“ im Außenbereich), das ja eigentlich der bäuerlichen Landwirtschaft nützen soll.

Ein großer Teil der Investoren kommt aus Holland, wo die Umweltschutzmaßnahmen eine weitere Expansion der Hähnchen- und Schweineställe verhindern. Im emsländischen Lähden wurde ein Landwirt, der einen Stall für 7.500 Schweine in Dorfnähe bauen will, aus der CDU-Gemeinderatsfraktion ausgeschlossen, ein Protestzug mit 80 Treckern zog an seinem Hof vorbei. Die Befürchtungen der Bauern: „Wird der geplante Maststall nur um eine Stufe erweitert, dann kann ich unseren Hof nicht mehr ausbauen“ – wegen der Immissionsvorbelastung und der damit verbundenen Ausschöpfung der Geruchsbelastungsgrenzen. *en*

Wendland-Bauern kritisieren DBV

„Interessen der Basis werden nicht mehr vertreten“

Eine Gruppe von Wendländer Milchbauern und –bäuerinnen hat auf dem Kreislandvolk im niedersächsischen Lüchow mit einem eigens verfassten Positionspapier scharfe Kritik am Bauernverband geübt. Die bäuerlichen Kritiker hatten denen „da oben im Verband“ vorgeworfen, die Interessen der bäuerlichen Basis überhaupt nicht mehr zu vertreten. Beim „enorm solidarischen“ Milchstreik zur Bezahlung der Erzeugerkosten auch der Milchbauern sei der Bauernverband den Milchbauern im Interesse der Molkereien in den Rücken gefallen. Entgegen der deutlichen Ablehnung von 80% aller Bauern gegenüber Gentechnik und Patentierung sei der niedersächsische Bauernverbandsvorsitzende und Gentech-Befürworter Werner Hilse offenbar zu den Chemie- und Saatgutkonzernen „übergelaufen“ und habe die bäuerliche Landwirtschaft wohl schon abgeschrieben. Auch eine klare

Äußerung des Bauernverbands zur Bedrohung der Landwirte durch das Atommüll-Endlager Gorleben fehle bisher. Die Fixierung des Bauernverbands auf die CMA und die Ernährungsindustrie habe die Bauern viel Geld gekostet, ebenso die falsche Beratung hinsichtlich der Anträge auf Rückzahlung der CMA-Beiträge. Die vom Bauernverband mit den Pflanzenzüchtern ausgehandelten Nachbaugebühren seien auch weltweit eine Katastrophe, weil sie die Bauern hinderten, das selbst geerntete Getreide wieder auszusäen. Weitere Vorwürfe bezogen sich auf die perspektivlose und ruinöse Ausrichtung der Bauernverbandspolitik auf den Weltmarkt, der die Bauern im Gefolge der Ernährungsindustrie folgen sollten. „Die Frage der Berufskollegen, ob man als Bauer noch in diesem Verband bleiben könne“, so Niedersachsens AbL-Landesvorsitzender Martin Schulz, „ist mehr als gerechtfertigt.“ *en*

Kurzes am Rande

Falsches „Bauernglück“

Ermittler wollen dem größten deutschen Schlacht- und Fleischkonzern Tönnies schwere Manipulationen mit minderwertigem Hackfleisch nachweisen. Laut einem Bericht des SPIEGEL soll Tönnies bei gemischtem Hackfleisch nicht – wie ausgelobt – Rind- und Schweinefleisch hälftig verwendet haben, sondern sehr viel mehr billigeres Schweinefleisch, außerdem gestreckt mit Wasser. Tönnies liefert täglich bis zu einer halben Million Päckchen an Discounter wie Aldi und Lidl, unter Namen wie „Oldenburger“ oder „Bauernglück“ *pm*

Rückzug nach Bestandsschutz?

Unter dem Eindruck massiver Proteste auch anderer Bundesländer hat Niedersachsens Agrarminister Ehlen seinen Legehennen-Erlass zurücknehmen müssen, der den Tieren im Gruppenkäfig noch weniger Platz als bundesweit vorgeschrieben zugestanden. Offen bleibt, ob Ehlen zuvor für etwa 170 Farmen noch rasch einen gültigen Bestandsschutz geschaffen hat. *en*

Gegen Masthähnchen-Fabrik

Gegen eine riesige Mastanlage für 1,6 Millionen Hähnchen in der holländischen Gemeinde Wieringermeer wehren sich die Umwelt- und Tierschutz-Organisationen „Milieudefensive“ und „Dierenbescherming“ mit bisher 22.000 Unterschriften von Bürgern. Laut *agri-holland* muss jetzt das Provinzparlament die Debatte über ein Verbot dieser Agrarfabrik auf die Tagesordnung setzen. *pm*

Nitratbelastung

Eine starke Belastung des Grundwassers mit Nitraten hat der Verein zum Schutz des Rheins und seiner Nebenflüsse (VSR) in den verdichtungsstarken Landkreisen Oldenburg, Vechta und Delmenhorst festgestellt. Über dem Grenzwert von 25 Milligramm pro Liter lagen 75 % aller Proben, über 50 mg Nitrat war in einem Drittel der Proben enthalten. Im Kreis Vechta fand man den Spitzenwert von 204 mg/l. *pm*

Erfolgreicher Edeka-Lieferboykott

Anders als die Molkereien haben jüngst die deutschen Fleischwarenhersteller gegenüber den Handelsketten höhere Preise durchgesetzt. Nachdem die meisten Discounter schon die geforderten Erhöhungen um 40 Cent je Kilo zugesagt hatten, wollte die dominante Edeka-Zentrale laut *Lebensmittel-Zeitung* das nicht mitmachen. Erst nach einem angekündigten Lieferboykott zahlreicher Lieferanten und auf Grund des Protestes der Edeka-Regionalunternehmen und der Edeka-Fleischwerke ging die Edeka-Zentrale doch auf die Forderungen ein. Auf der „Grünen Woche“ 2009 ist die Edeka „Hauptpartner“ der agrarindustrie-dominierten „Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft“ (FNL) unter Führung des Bauernverbands. *en*

„Farm Country goes dutch“

Enge Kreditmärkte und schwache Rohstoff- und Agrarpreise machen es den amerikanischen Farmern laut US-Zeitschrift *Fortune* schwer, Kredite zu bekommen. Gleichzeitig habe sich aber die niederländische Rabobank durch aggressives Marketing und die Übernahme kleiner Banken zur jetzt größten US-Agrarbank entwickelt. Kunden seien neben Farmern auch große Unternehmen der Ernährungsbranche. *pm*

Lichtblick-Schatten

Der Ökostrom-Anbieter „Lichtblick“ steht in der Kritik, weil er eine Biogasanlage in Jüterbog baut, die auch mit der Gülle aus einer agrarindustriellen Schweineanlage des berühmten Agrarfabrikanten Straathof betrieben werden soll, die dadurch rentabler würde. *en*

Agrarfabrik geräumt

Wegen Überschreitung der Geruchsemissionen haben die Umweltbehörden einem 300.000-Legehennenbetrieb im niederländischen Groesbeek die Betriebserlaubnis entzogen, der Eigentümer Huub van Deurzen muss – bei Strafandrohung von 35.000 Euro wöchentlich – den Betrieb räumen. *pm*

„Gegen einen Teil geht nicht!“

Es waren vergleichsweise Kleinigkeiten, die Georg Heitlinger zum Kläger gegen den Absatzfonds werden ließen. Jetzt sind ihm Viele dankbar

Wenn man zu Georg Heitlinger nach Eppingen, zwischen Karlsruhe und Heilbronn, kommt, hat man so gar nicht den Eindruck, dass hier ein Revolutionär wohnt. Der Hof ist ein klassischer Aussiedlerbetrieb. Einige Kilometer abseits des Ortes an einer aus Betonsegmenten bestehenden Straße mit Baumreihe inmitten der Feldflur liegt der zweckmäßige Hof im 60er Jahre Stil. Der Betrieb ist auf Eier spezialisiert. Insgesamt 40.000 Hühner produzieren hier. 12.000 in Freilandhaltung, 8.000 in Bodenhaltung und 20.000 in Käfighaltung. In der Packstelle stapeln sich Eierkartons und Paletten.

Der Weg zur Klage

Vielleicht waren es die immer wiederkehrenden Botschaften des Bauernverbands, dass Landwirte Unternehmer seien und ihre Kosten im Blick haben und konsequent analysieren müssen, die Georg Heitlinger dazu brachten, die von ihm halbjährlich geforderten Zahlungen an den Absatzfonds kritischer zu betrachten. Doch allein deswegen zieht man noch nicht vor Gericht. Beim Besuch einer niederländischen Eierpackstelle vor vielen Jahren schon war ihm aufgefallen, dass die Eierkartons auch dort das CMA-Logo trugen. Wie konnte das sein, wo doch die CMA eigentlich den Absatz deutscher Produkte fördern sollte? Bei der CMA, so Heitlinger, kommentierte man salopp: „Das ist Ausland. Das geht uns nichts an.“ Ein Kollege hatte schon versucht, gegen die Zahlungen vorzugehen, war aber vor Gericht gescheitert. Damals war es nur darum gegangen, ob Schmutzeier, die weit unter Preis abgegeben werden müssen, auch mit 30 Cent pro 1.000 Eier in die Berechnung mit eingehen. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hatte damals gewonnen. Und Heitlinger hat aus den vielen Versuchen von Kollegen, im Schnitt zehn pro Jahr seien es gewesen, gegen die Zwangsabgabe vorzugehen, gelernt. „Gegen einen Teil geht nicht“, so sein Fazit. Und so kam es, dass Georg Heitlinger gemeinsam mit einer Hamburger Mülerei und einer Geflügelschlachterei gegen die von ihm zu entrichtenden Zwangsabgaben, offiziell sind es Sonderabgaben, und damit gegen den Absatzfonds an sich prozessierte. Wahrscheinlich hat sich am Beginn des Verfahrens niemand im Aufsichtsrat des Absatzfonds wirklich Sorgen gemacht. Spätestens nach der Verhandlung am Verwaltungsgericht Köln im Jahr 2006, bei dem die Richter das komplette Gesetz zur Überprüfung ans Bundesverfassungsgericht überwiesen, hätte allen Beteiligten die Tragweite der anstehenden Entscheidung

bewusst werden müssen. Wenn das Gesetz verfassungswidrig sein sollte, wäre die Geldquelle Landwirt verloren. Die Finanzierung der CMA und der ZMP bräche zusammen.

Noch Anfang 2009, auf der Grünen Woche in Berlin, gaben sich der Geschäftsführer der CMA Markus Kraus und der Aufsichtsratsvorsitzende Werner Hilse optimistisch. Drei Szenarien, so die gemeinsame Vorstellung, seien mit Blick auf das zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichts denkbar. Am angenehmsten aus CMA-Sicht wäre eine Bestätigung der Verfassungskonformität des Absatzfonds und mit ihm der Finanzierung der CMA gewesen. Nur ein wenig schlechter die zweite Version: Das Verfassungsgericht erklärt das Absatzfondsgesetz für verfassungswidrig, aber nicht für nichtig. In diesem Fall hätte der Gesetzgeber den Auftrag erhalten, das Gesetz nachzubessern. Bis dahin aber hätte die bestehende Fassung ihre Gültigkeit behalten, vor allem sahen die CMA-Männer selbst die eingeklagten Gelder für sich gesichert. Dass die Zwangsabgabe für verfassungswidrig und nichtig erklärt werden könnte, das wollte im Januar von Seiten der CMA niemand laut sagen.

Siegessicher

Nicht ganz ohne Stolz erzählt Georg Heitlinger, dass er in den Tagen nach der Kölner Verhandlung von der Juristin der Gegenseite zu einem Treffen mit Herrn Sonnleitner und Herrn Krebs, Vorstandschef des Absatzfonds, nach Bonn eingeladen worden sei. Vielleicht, so sagt er heute, hätte er damals einen lukrativen Posten bekommen können, wenn er die Klage zurückgezogen hätte. Er ist aber gar nicht erst nach Bonn gefahren. Denn er war überzeugt, im Recht zu sein. Die Sicherheit basierte nicht nur auf seinem moralisch-ethischen Gefühl, das viele Bauern beim Gedanken an die CMA-Werbung mit den „heißen Schenkeln“ und dem „unvergessenen ersten Mahl“ teilen können. Konkrete Fakten lieferten die Prüfberichte des Bundesrechnungshofes und zweier Agrarmarketingexperten. „Der Bundesrechnungshof“, so das Verfassungsgericht in seiner Urteilsbegründung, „ist der Auffassung, dass die Aufgabe des Absatzfonds, die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft gegen die Konkurrenz aus dem Ausland zu stärken und zu schützen, im Widerspruch zu den Regelungen des europäischen Binnen-

markts stehe. Es sei zudem nicht erkennbar, dass die nationale Absatzförderung durch Absatzfonds und CMA trotz hohen Mitteleinsatzes den Absatz und die Verwertung der Erzeugnisse der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft nennenswert zu fördern geeignet sei.“ Die Grundlage dieser Einschätzung liefert das Urteil des Europäischen Gerichtshofs von 2002, das eine spezielle Bewerbung deutscher Produkte (Bestes aus deutschen Landen) untersagt.

Bestenfalls nutzlose Werbung

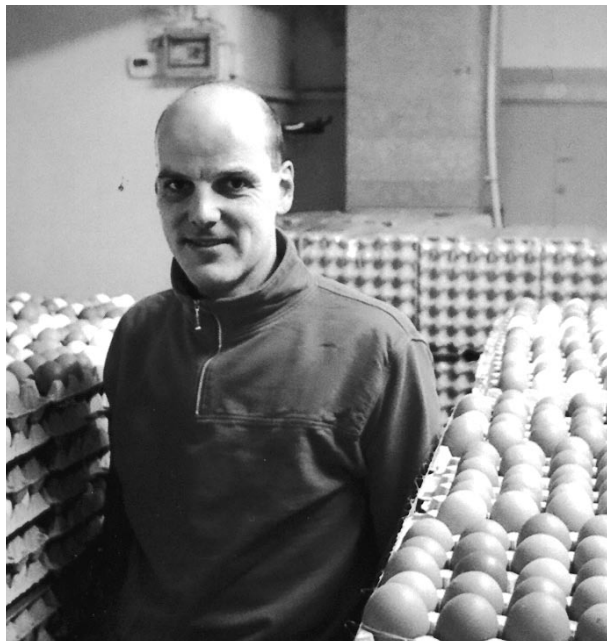
Auch aus Sicht des Agrarmarketings wird grundsätzlich der Werbeansatz der CMA bezweifelt. Die Agrarmarketingexperten betonen die Probleme der Abgrenzung gegenüber landwirtschaftlichen Produkten aus anderen Ländern. So schreibt Prof. Mühlbauer von der Fachhochschule Weihenstephan: „Das größte Defizit in Bezug auf die Effizienz der CMA-Marketingaktivitäten besteht darin, dass die allgemeine Produktwerbung nach dem Motto ‚Bestes vom Bauern‘, die Bewerbung von Gattungspro-

des gibt es Anzeichen, dass gerade durch die gleichmachende CMA-Werbung mögliche Einkommenssteigerungen zunichte, wenn nicht sogar ins Gegenteil verkehrt worden sind. Besondere Qualitätsstandards wurden durch die CMA kaum beworben. Selbst das mühsam eingeführte QS-Zeichen stellt im Grunde nur ein die Lebensmittelsicherheit garantierendes Konformitätszeichen ohne Mehrwert für den Verbraucher dar. Damit werden die Discounter mit ihren kostendrückenden Einkaufsstrategien auf eine Stufe mit allen anderen Lebensmittelhändlern gestellt, denn der Preis wird für den Kunden zum einzigen Entscheidungskriterium.

Öffentlichkeitsarbeit

Dass Georg Heitlinger gegenüber der unübersichtlichen, aber finanziell gut ausgestatteten Gegenseite, einer Mischung aus Behördenangestellten, Funktionären des Bauernverbandes und Politikvertretern, bestehen konnte, das liegt auch an seiner kampagnenartigen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Internetseite www.absatzfond-abschaffen.de hat er früh eine

Plattform geschaffen, um sein Anliegen in die Öffentlichkeit zu transportieren und Fakten zu präsentieren. Der Aufruf, nach einem neuen Namen für die CMA zu suchen, wurde mit unzähligen Vorschlägen belohnt. Im Gästebuch der Seite konnte und kann man seine Meinung kund tun. In aller Regel waren es die Befürworter einer Auflösung des Absatzfonds, die sich hier tummelten. Auch nach dem gewonnenen Prozess überwiegen die Glückwünsche und Gratulationen. Ob es tatsächlich ein ZMP-Mitarbeiter war, der hier den Vorwurf erhob, die siegreichen Kläger seien durch ihr Handeln an der bevorstehenden Arbeitslosigkeit des Familienvaters schuld, lässt sich nicht nach-



Georg Heitlinger, ein streitbarer Hühnerhalter Foto: Nürnberger

prüfen. Das Argument hat aber verfangen, auch wenn eigentlich der Arbeitgeber CMA/ZMP oder vielleicht auch noch der Absatzfonds verantwortlich sind. Bei Heitlingers jedenfalls überwiegt das positive Gefühl. Mit dem Qualitätssiegel „drauf 08ten“, das Eier aus Baden-Württemberg für Baden-Württemberg bewirbt, hat er gemeinsam mit einigen anderen regionalen Eierproduzenten seine eigene Werbeschiene entwickelt und macht damit deutlich, welche anderen Möglichkeiten der Bewerbung es gibt, die zudem noch einen klaren Mehrwert für den Verbraucher haben.

Gezahlte CMA-Abgaben zurückfordern

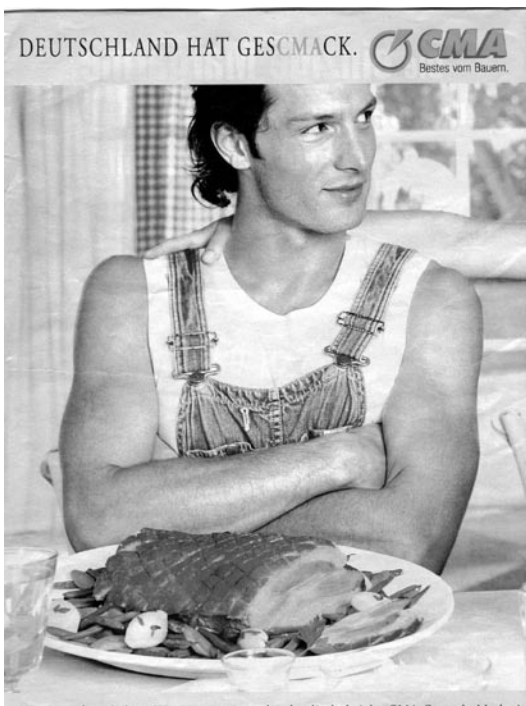
Karlsruhe erklärt Abgaben zum Absatzfonds seit 2002 für verfassungswidrig

Bauern können rechtswidrig gezahlte Abgaben zurückfordern. Ansprüche möglich bis Mitte 2006. Was zu beachten ist:

Viel wird derzeit über die Zukunft der bisher von Bauerngeldern abhängigen Unternehmen CMA und ZMP gesprochen und geschrieben. Für Bauern, die bisher die Zahllast zu tragen hatten, stellt sich eine ganz andere Frage: Wie bekommen wir die verfassungswidrig gezahlten Abgaben zurück?

Sonderkonstellation

Dabei ist zunächst wichtig, die wohl einzigartige Konstellation zu beachten. Denn die landwirtschaftlichen Betriebe waren nicht die Empfänger der Abgabenbescheide, die von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) oder, in besonderen Fällen, von einigen Bundesländern verschickt wurden. Empfänger waren vielmehr die so genannten Flaschenhals-Unternehmen, die das Absatzfondsgesetz nennt: Molkereien, Schlachthöfe, Zuckerfabriken, Brotgetreide- und Öl-Mühlen, Eierpackstellen, Kartoffel-Verarbeiter bzw. -Händler u.a.



Das Ende...

Flaschenhalsunternehmen

Nur diese Flaschenhalsunternehmen hatten als Empfänger der Abgabenbescheide die Möglichkeit, gegen diese Bescheide Rechtsmittel einzulegen. Das war angezeigt spätestens ab Mitte 2006. Denn Ende Mai 2006 hatte das Verwaltungsgericht Köln in dem Verfahren dreier Kläger (u.a. Georg Heitlinger, s. S. 12) beschlossen, die Sache

dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorzulegen. Die Kölner Richter waren der Überzeugung, dass die gesetzliche Pflicht zur „CMA-Abgabe“ dem Grundgesetz gleich mehrfach widerspreche. Die Fachpresse berichtete ausführlich, allen Flaschenhalsunternehmen konnte somit klar sein, dass die rechtliche Grundlage der Abgaben möglicherweise fallen könnte.

Um das Geld für diesen Fall zu sichern, blieb ihnen zunächst in aller Regel die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Bescheide einzulegen. Ein Widerspruch gegen eine Abgabe führt zwar nicht dazu, dass die Abgabe nicht trotzdem erst einmal gezahlt werden muss, aber eben nur unter Vorbehalt. Wenn Karlsruhe die Sicht der Kölner Richter teilen würde, wäre der Widerspruch die Garantie dafür, das Geld zurück zu bekommen.

Viele Flaschenhals-Unternehmen haben das erkannt und Widerspruch eingelegt. Das führte schließlich dazu, dass die CMA ihren Haushalt für 2007 von über 90 Mio. Euro auf 40 Mio. Euro mehr als halbieren musste. Denn der Absatzfonds durfte die widerspruchsbefahrenen Abgaben nicht an CMA und ZMP weiterreichen, sondern musste sie bis zur Karlsruher Entscheidung in Rücklagen stellen. Auf Druck des Deutschen Bauernverbandes (DBV) nahmen im Jahr 2007 und 2008 dann vor allem einige Schlachthöfe die Widersprüche zurück und verzichteten auf das dann wiederum auf Druck des DBV von Berlin erforderlich gemachte Klageverfahren.

Heute ist nun für die Flaschenhals-Unternehmen entscheidend, ob sie Rechtsmittel eingelegt und aufrecht erhalten haben oder nicht. Wenn ja, dann haben sie zweifelsohne Anspruch darauf, die betreffenden Abgaben zurückzubekommen. Haben sie auf Rechtsmittel verzichtet oder sie nicht aufrecht erhalten, dann sind die Abgabenbescheide bestandskräftig geworden und nicht mehr anfechtbar – so sehen es die Juristen bisher übereinstimmend.

Bauern
Für die Bauern ist damit die Sache aber noch längst nicht geklärt. Wie groß ihre Chancen sind, die von ihnen letztlich finanziell getragenen Abgaben zurück

zu bekommen, hängt vom jeweiligen Fall ab. Klar ist, dass sie sich das Geld nicht von BLE oder vom Absatzfonds holen können – sie müssen sich an ihre Abnehmer, also an die Flaschenhals-Unternehmen wenden.

Fall 1

Die größten Aussichten bestehen für die Bauern, deren Abnehmer Rechtsmittel eingelegt und die dazu noch auf den Milchgeld- oder Schlachttier-Abrechnungen die Absatzfonds-Abgabe extra ausgewiesen haben, etwa als Vorkosten. Bei Milch und Schlachttieren (außer Geflügel) ist letzteres in der Regel der Fall gewesen. Auch ein Hinweis in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf die Abgabe dürfte ausreichen. Getreide-Mühlen haben das dagegen oftmals nicht ausgewiesen.

Fall 2

Als sehr gut sind die Aussichten auch für jene Bauern einzuschätzen, die ihre Abnehmer in der Vergangenheit aufgefordert haben, gegen die Absatzfonds-Abgaben Rechtsmittel einzulegen, oder ihnen auf andere Weise deutlich gemacht haben, dass sie den Abzug der Abgaben z.B. vom Milchgeld nur unter Vorbehalt hinnehmen.

Das Interessante ist nun, dass dies nicht nur gegenüber solchen „Flaschenhälsen“ gilt, die ihrerseits Rechtsmittel gegen die behördlichen Abgaben-Bescheide eingelegt haben. Das ist für diese Bauern rechtlich unerheblich. Denn wenn etwa die Molkerei der Aufforderung der Bauern nicht nachgekommen ist, Rechtsmittel einzulegen, muss sie auch die Verantwortung dafür übernehmen. Abzusehen ist aber, dass die Flaschenhals-Unternehmen diese Ansprüche kaum freiwillig auszahlen werden.

Fall 3

Die schlechtesten Aussichten bestehen in den Fällen, wo sowohl die Landwirte als auch die Flaschenhals-Unternehmen der Aufforderung des Deutsche Bauernverbandes gefolgt sind und auf Rechtsmittel verzichtet haben. Jetzt wird es knifflig, wie Fachanwalt Hubert Becker bestätigt, mit dem die AbL für ihre Mitglieder einen Sondervertrag abgeschlossen hat. Wie groß in dieser Konstellation die Chancen für die Landwirte sind, die ohne gültige Rechtsgrundlage

gezahlten Abgabenlast erstattet zu bekommen, wird wohl in Musterprozessen geklärt werden müssen. Die Argumentation ist hier, dass die Flaschenhals-Unternehmen eine gewisse Vorsorgepflicht haben, Schaden von ihren Vertragspartnern – hier den Landwirten – abzuwenden. Solange dazu nur ein kostenloser Widerspruch notwendig war, wird man diese Vorsorge-Maßnahme von den Unternehmen verlangen können. Doch, wie gesagt: Auf Druck des DBV ist zumindest die dem Bundesministerium unterstellte Bundesanstalt BLE im Herbst 2007 dazu übergegangen, Widersprüche abzulehnen –



...des schlechten Geschmacks! Quelle: CMA-Werbung im Stern

es blieb dann nur der kostspielige Klageweg. Aber auch da konnte man von den Flaschenhals-Unternehmen mindestens erwarten, dass sie die Landwirte auf die zweifelhafte Rechtsgrundlage für die in Abzug gebrachten Vorkosten hätten hinweisen müssen. Die Viehzentrale Südwest etwa hatte damals den Bauern angeboten, die notwendigen Klagen für ihre Schlachttiere zu erheben, wenn sie die Kosten dafür übernehmen.

Fazit

Einige Bauernverbände geben Musterbeschreiben raus, die sich nur auf die Abgaben der letzten Monate beziehen, wo die Bescheide noch nicht bestandskräftig sind. Vorsicht! Wer sich auf diese Ansprüche beschränkt, verwirkt möglicherweise weitergehende Ansprüche. Rechtsanwaltschaftliche Beratung ist sehr zu empfehlen, besonders in den Fällen 2 und 3.

Traumjahr

Die Kehrseite der steigenden Pflanzenschutz-Kosten in der Landwirtschaft: Die weltweit sechs größten Pestizidhersteller schauen laut *Ernährungsdienst* „auf ein Traumjahr zurück“, mit einer Umsatzsteigerung von 35 auf 40 Mrd. US-Dollar. Knapp die Hälfte davon machen Herbizide aus, je ein Viertel die Insektizide und die Fungizide. Die Rangfolge unter den Multis: Syngenta vor Monsanto, Bayer, DuPont, BASF und Dow. pm

Schweine-Preise

Die relativ höchsten (bzw. am wenigsten niedrigen) Schweinepreise haben im Jahre 2008 die polnischen Landwirte mit durchschnittlich 1,53 Euro je kg Schlachtgewicht erzielt, laut ISN vor allem wegen des massiven Bestandsabbaus. Knapp dahinter: Spanien, Deutschland und die Niederlande, danach Frankreich mit 1,44 Euro und Dänemark mit 1,37 Euro. Nach einer Preiserholung Mitte 2008 hat die Finanzkrise im letzten Quartal alle Preise wieder nach unten gezogen, im Export läuft laut ISN „so gut wie nichts“. pm

Afghanischer Mohn für Medizin

Afghanistan produziert mittlerweile über 90 Prozent des Heroins auf dem Weltmarkt. Die afghanischen Bauern haben bisher auch kaum eine andere Alternative, weil der Weizenanbau keine vergleichbaren Erträge liefert. Deshalb treibt die Strategie der Nato, die Mohnfelder zu vernichten und so den Taliban ihre Einnahmen abzuschneiden, immer mehr Bauern an die Seite der Taliban. Umso unverständlicher, dass die USA den folgenden Vorschlag renommierter Experten immer noch ablehnen: den Bauern lukrative Verträge für den Anbau von Mohn für medizinische Zwecke anzubieten, verbunden mit der Verarbeitung dieses Mohns vor Ort zum Schmerzmittel Morphin. Die günstige Produktion von Morphin würde dieses Mittel auch für die Medizin in armen Ländern erschwinglich machen, in der Türkei funktioniert dieses Modell seit langem. Das Europäische Parlament und alle großen Parteien in Kanada befürworten dieses Modell bereits, die Bundesregierung aber hält sich laut ARD-Magazin „Kontraste“ mit Rücksicht auf die USA zurück. en

Keine Landreform in China

Entgegen den Ankündigungen hat die Kommunistische Partei Chinas nun doch noch keine Landreform beschlossen. Nach der früheren Verstaatlichung des Bodens gehört dieser den Kreisen und Gemeinden und damit vor allem korrupten Funktionären, die dadurch die Bauern schikanieren können. Bei Umwandlung von Acker in lukratives Bauland in Stadtnähe behalten die lokalen Machthaber die Profite für sich, die Bauern werden enteignet und vertrieben. Die in Wohnblöcke umgesiedelten Bauern bekommen allenfalls eine minimale Entschädigung, verlieren jede Sicherheit und sogar die Privatparzellen zur Eigenernährung. Laut FAZ erging es bereits 40 Millionen Bauern so, sehr oft verbunden mit massiven Unruhen. Die Landreform sollte – analog zu den Städten – den Bauern das Eigentum gewährleisten – für die Sicherung von Existenz und Anbau oder für eine angemessene Entschädigung beim Verkauf. Offenbar scheiterte dies bisher an sozialistischen Traditionalisten und an Kritikern, die eine weitere Landflucht infolge von lukrativeren Landverkäufen und damit weitere Verluste von Ackerland befürchten. Stattdessen will die Partei nun die Landnutzungsfristen von 30 auf 70 Jahre verlängern und deren Übertragung auf andere Bauern ermöglichen. Infolge der Finanzkrise kehren derzeit viele arbeitslose Wanderarbeiter wieder zurück in die Heimatdörfer. en

Volle Kassen und neue Konkurrenz

„Agrarsparte füllt BayWa-Kasse“ – so der *Ernährungsdienst* zur Umsatzsteigerung der Raiffeisen-Landhandels-Zentrale um 28% auf 6,7 Mrd. Euro im Geschäftsjahr 2008. Auch alle anderen Genossenschaftszentralen haben offenbar mehr als die Bauern von den Marktschwankungen profitiert. Bisher gab es einen weitgehenden gegenseitigen Gebietsschutz untereinander, aber der wackelt derzeit. In die „Hauptgenossenschaft Kiel“ haben sich nämlich die skandinavischen Großgenossenschaften „DLG“ und „Lantmännen“ mehrheitlich eingekauft, die jetzt – unabhängig vom Raiffeisenverband – ihre eigene Geschäftspolitik macht. Im Gegenzug versucht nun auch die nordwestdeutsche Raiffeisen-Agravis, nach Schleswig-Holstein einzudringen. en

Kurzes am Rande

Neokoloniale Landnahme bedroht Ernährungssouveränität

Investoren und Staaten kontrollieren riesige Flächen im Ausland

Weltweite Proteste verhinderten kürzlich die Pläne des südkoreanischen Daewoo-Konzerns, in Madagaskar 1,3 Millionen Hektar (die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel) billig zu pachten, um dort 99 Jahre lang Mais und Palmöl anzubauen. Der Vorfall lenkt den Blick auf eine neue Form von Kolonialismus: Agrarinvestoren und Staaten kontrollieren in anderen Ländern bereits jetzt riesige Flächen, um dort billige Rohstoffe für Biokraftstoffe anzubauen oder um sich – unabhängig vom Weltmarkt – Nahrungsrrohstoffe für das eigene Land zu sichern. Die Organisation GRAIN listet das bisher bekannte Ausmaß dieser Landnahme („landgrab“) auf: China mit über 2 Millionen Hektar außerhalb seiner Landesgrenzen (u.a. Philippinen, Laos, Russland, Australien). Südkorea mit 1 Million Hektar (u.a. Sudan, Mongolei, Indonesien, Argentinien). Saudi Arabien mit 1,6 Millionen ha (Indonesien, Sudan, Algerien, geplanter Flächenerwerb in Thailand, Senegal, Ukraine und Türkei). Die Vereinigten Arabischen Emirate: 1,2 Millionen Hektar (Pakistan, Sudan, Philippinen, Einstieg in Kambodscha). Japan: über 300.000 ha (USA, Brasilien und Neuseeland).

Banken investieren

Banker investieren schon seit einiger Zeit in Land: der US-Börsenguru Soros in Argentinien, die Morgan Stanley-Gruppe gemeinsam mit der französischen Dreyfus-Gruppe in Brasilien, die britischen Firmen Cru Investment und Lonrho in Afrika, die britisch-vietnamesische Trans4mation Agric-Tech Ltd in Nigeria, die US-Investmentbank Helberg mit 400.000 ha im Südsudan. Weitere Investoren: die britischen Firmen Schroders, Barclays und Knight Frank, die US-Firmen Black Rock und Dexion Capital, die deutsch-britische Kooperation Palmer Capital/Bidwells. Die Folgen für die Länder, in denen diese „Landnahme“, oft mit Hilfe korrupter Re-

gierungen, vor sich geht: Verlust der Ernährungssouveränität, Vertreibung von Kleinbauern, agrarindustrielle Produktion von Exportprodukten. Der neue Kolonialismus gleicht erschreckend dem alten, kaum überwundenen Kolonialismus. Große Flächen gehen aus der Nahrungsmittel-Erzeugung in die Biofuel-Produktion.

Agrarholdings und Oligarchen

Die Ukraine mit ihren fruchtbaren Schwarzerdeböden entwickelt sich immer mehr zum Eldorado für Agrarinvestment-Firmen: Die britischen Unternehmen Velcourt und Landwest bewirtschaften jeweils etwa 130.000 Hektar. Libyen hat sich bereits 250.000 ha gesichert. Die International Finance Corporation, eine Tochter der Weltbank, ebnet Investoren den Weg für 350.000 ha. Mehrere Hunderttausend ukrainische Hektare gehören bereits zu den riesigen Agrarholdings russischer Oligarchen (die selber schon jeweils mehrere hunderttausend ha groß sind). Auch in Russland steigen ausländische Investoren ein: die dänische Trigon Agri mit 100.000 ha, die litauische Agrowill AB mit 50.000 ha, die schwedische Black-Earth-Farming mit 330.000 ha, die Alpcot Agrar mit 200.000 ha in der Ukraine und in Russland.

Auch deutsche Agrarinvestoren sind dabei: der deutsche Unternehmer Dürr mit 100.000 ha und 6.000 Milchkühen in Russland, die Stadtwerke Uelzen mit angestrebten 10.000 ha in der Ukraine, die Barnstadt eG mit 8.000 ha in der Ukraine, die Agrarius AG (unter Leitung des ehemaligen Bayer-Managers Prante) mit großflächiger Flächen-Verpachtung in Rumänien und zukünftig in Bulgarien und Tschechien, die KTG Agrar AG mit dem Erwerb von Großbetrieben im Baltikum, die ABG Holding AG des Freiherrn von Stetten mit Großbetrieben in ganz Südosteuropa en



Wem gehört das Land?

Foto: Eisenberg

„Die Arbeit der IG Nachbau ist unverzichtbar“

Antwort auf den Leserbrief von Georg Emmert in der Bauernstimme Februar 2009

Zum Abdruck des vorgenannten Leserbriefes gratuliere ich der Bauernstimme ausdrücklich. Respekt davor, dass eine kritische Meinung unzensuriert abgedruckt wird. Das erlebe ich bei Leserbriefen mit einer Aussage gegen die Nachbaugebühren bei der überwiegend vom Bauernverband dirigierten landwirtschaftlichen Fachpresse leider oft anders.

Endlich ein Züchter, der sich in den Diskussionsprozess einbringt. Darauf habe ich manches Mal gewartet, aber oft musste ich feststellen, dass man nicht wirklich mit der IGN über Problemlösungen reden wollte. Die Meinung der Funktionäre des größten landwirtschaftlichen Interessenverbandes war ausreichend. Ansonsten geben die Züchter das „Gespräch“ über das für sie doch angeblich so existenziell wichtige Thema an eine Saatguttreuhandverwaltung (STV) ab, die bei Nichterreichen ihrer Ziele in erster Linie den „Kommunikationsweg“ Anwalt und Gericht kennt. Hier wurde und wird durch arrogante Haltung leider nach wie vor wertvolles Porzellan zerschlagen.

Und so ist es auch gekommen, dass nicht wir Bauern diese Gerichtsprozesse ins Leben gerufen haben, sondern die STV stellvertretend im Namen der Züchter verklagte, weil wir nicht einer x-beliebigen Privatfirma unsere internen Betriebsdaten (Betriebsgröße, Anbauverhältnis, alle verwendeten Sorten – auch ungeschützte) preisgeben wollten. Ich habe mich, wie viele andere auch, nicht gegen eine Gebühr gewehrt (die wäre wohl für mich eher günstiger gewesen), sondern gegen die Art und Weise, wie man mit uns Bauern umgesprungen ist. Und dass die begonnene Art der Ausforschung nicht rechtens war und wir uns somit nicht ohne Grund gewehrt haben, das zeigen die inzwischen unzähligen von uns gewonnenen Gerichtsprozesse, die unsere Meinung bestätigten, sowie zahlreiche höchstrichterliche Urteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesgerichtshofs. Dabei wurde allerdings entgegen der Behauptung von Herrn Emmert weder von der IGN noch von den Gerichten festgestellt, dass die Zahlung einer Nachbaugebühr ungesetzlich sei. Allerdings wurden anfangs u. a. auch die ungerechtfertigten Gebührenforderungen für über 60 Sorten für alle Landwirte abgewehrt, die die STV ohne entsprechende Befugnis mal so eben nebenbei mit abkassieren wollte!

Bauernrecht

Ein ganz wichtiger Grund meines Widerstandes war und ist die erahnte und inzwischen auch praktizierte Patentierung auf Pflanzen und überhaupt Lebewesen, wodurch unsere Lebensgrundlage zukünftig

privatisiert wird. Hier finden auch die tatsächlichen Enteignungen der mittelständischen Züchter statt, da sie mit diesen Methoden nicht mithalten können. Dass über 90 % der Patente auf Gentechnikpflanzen in der Hand weniger „Züchtungs“-Konzerne liegen, zeigt dies doch anschaulich. An dieser Stelle warte ich immer noch auf den Aufschrei und den Schulterchluss der kleineren Züchter!

Genauso unklar ist die Ableitung der Aussage, dass aus der Sammler- und Jägergeohnheit von vor zweitausend Jahren 1998 ein Bauernrecht für freien Saatgutnachbau abgeleitet worden sei. Die Züchter haben durch Einwirkung auf die Gesetzgebung das bis dahin allgemein unbestrittene Recht der Bauern auf Wiederaus-



Er verweigerte die Auskunft in Sachen Nachbaugebühren: Christian Schulin.
Foto: Redaktion

saat der eigenen Ernte stark einschränken lassen. Vergessen wird bei solchem Denken, dass der heutige Stand der Züchtung zu einem Großteil ein Kulturgut und auch ein Schöpfungsgut darstellen, dieses aber durch ein Verbot des Nachbaus ignoriert wird. Grundnahrungsmittel wie Getreide sind nicht zur Privatisierung geeignet, auch wenn dies für die Wirtschaft die größten finanziellen Erfolgspotentiale beinhaltet! Die Beteiligung der wirklichen Nutznießer des Züchtungsfortschritts (das sind, wenn es um die oft genannten notwendigen Mengen zur Welternährung geht, vorrangig die Verbraucher bzw. „der Staat“) an einem Finanzierungsfonds der Züchtung ist mindestens so richtig wie die Kostenbeteiligung von Landwirten, die durch höhere Erträge vor allem niedrigere Erzeu-

gerpreise ernten. Wir haben nie gegen die klassische Pflanzenzüchtung gekämpft. Wir haben vielmehr lange versucht, auf der Gesprächsebene mit den Züchtern einen gemeinsamen Weg zu finden, der die Züchtungsarbeit voranbringt, aber mit dem Bauern als wirklichem Partner. Dabei wurden wir immer wieder enttäuscht, wie wenig wir als Gesprächs- und Geschäftspartner akzeptiert wurden.

Züchterarbeit

Nicht ein steigender Nachbau in den 90er Jahren hat die sogenannten mittelständischen Züchter in Schwierigkeiten gebracht (den hat es vorher schon genauso oder vielleicht noch mehr gegeben), sondern die Veränderungen innerhalb der Züchtungsarbeit selbst haben einen entscheidenden Einfluss auf die Chancen der kleineren Züchterhäuser. Teure Züchtungsmethoden, u.a. auch für den Bereich der Gentechnik, schlucken Unsummen und müssen finanziert werden.

Die von Herrn Emmert aufgezeigten strukturellen Veränderungen in der Züchterlandschaft werden sicherlich eintreten, wenn die Patentierungsrechtslage so bleibt. Das gerichtliche Erstreiten der Ursprungsrechte der Bauern ist dafür jedenfalls nicht verantwortlich. Unterschiedliche Meinungen helfen uns Fragen unserer Zeit von allen Seiten zu erfassen und dadurch bessere Antworten zu finden. Der Austritt aus der AbL ist daher bedauerlich. Die AbL war und ist die einzige Bauernorganisation, welche die Rechte der Bauern in dieser Frage bis heute wirklich verteidigt hat.

Ich hoffe, dass die Arbeit gegen die Patentierung und die Gentechnik in nächster Zeit ebenso erfolgreich mitgestaltet werden kann, zum Wohl aller Menschen und damit auch der bäuerlichen Landwirtschaft.

Christian Schulin



Liste mit freien Sorten im Netz

Hansa, Hela, Nicola, Christa – das sind alles bekannte Kartoffelsorten, die mindestens für Direktvermarkter von Bedeutung sind. Sie eint, dass ihr Sortenschutz, der ihren Züchtern den Anspruch auf Lizenzgebühren zuspricht, abgelaufen ist. Die Sortenzulassung nach dem Saatgutverkehrsgesetz existiert für sie aber nach wie vor, bzw. wurde immer wieder neu beantragt. Damit können die Sorten lizenzfrei an- und nachgebaut werden. Das Bundessortenamt veröffentlicht jedes Jahr im April ein Sonderheft, in dem alle zugelassenen Sorten aufgeführt sind. Besonders markiert sind die unter ihnen, für die kein Sortenschutz (mehr) besteht. Wer sich hier freie Sorten herausuchen will sollte im Internet unter www.bundessortenamt.de unter den Veröffentlichungen zu den Blätter für Sortenwesen klicken und findet dort das aktuelle Sonderheft zu den zugelassenen Sorten vom April 2008. cs

Demo gegen Patente auf Schweine

Am 15. April lädt erneut ein breites Bündnis aus Organisationen – unter anderem Kein Patent auf Leben, die AbL, der BDM und die Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall – zu einer Demonstration gegen Patente auf Leben in München ein. Start ist um 12.00 Uhr auf dem Marienplatz, es geht zum Europäischen Patentamt. Anlass ist der Ablauf der Einspruchsfrist im Fall des Patents auf Schweinezuchtverfahren. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme auf den ähnlich gelagerten Fall des Brokkoli-Patents, in dem das deutsche Patentamt eine sehr kritische Stellungnahme abgegeben hat. Es hält die Erteilung des Patents für nicht gerechtfertigt und beruft sich dabei auf Argumente, die auch im Schweinefall anwendbar sind. **cs**



Gentech-Herbizid-Spirale

Unter der Bezeichnung „Roundup Ready 2 Yield“ vermarktet Monsanto ab 2009 eine Soja-Sorte, die gegenüber ihrer ebenfalls gentechnisch veränderten Vorgängersorte „Roundup Ready“ einen Mehrertrag von 7 bis 11 % verspricht (gegenüber konventionellem Soja lagen die Erträge ohnehin niedriger). Das neue Gensoja hat exakt die gleichen Gene wie die Vorgänger, nur ist das Herbizid-Resistenz-Gen diesmal an anderer Stelle eingebaut. Selbst die *DLG-Mitteilungen* gestehen zu, dies sei wohl ein Beweis für die allgemein unkalkulierbaren Gentech-Effekte, z.B. die Ertragsdepressionen beim „alten Roundup-Ready“. Gegen dieses alte Gentech-Konstrukt sind demnach in den USA bereits mehrere Unkräuter resistent, so der Amaranth und evt. auch der Weiße Gänsefuß (Melde). Laut *DLG-Mitteilungen* muss man dem Monsanto-Herbizid Glyphosat daher bereits zusätzliche Herbizide beimischen. Bayer hole nun sogar seine alte Sorte Liberty-Link „aus der Mottenkiste“ hervor – mit dem Herbizid-Wirkstoff Glufosinat bzw. „Basta“, das aber im Unterschied zu Monsanto's Roundup nicht systemisch wirke, sondern als Kontaktmittel ein mehrfaches Spritzen erfordere. In einem *ZEIT*-Interview zum Problem der zunehmenden Unkräuter-Resistenzen befragt, kündigte Monsanto-Chef Grant an: „Wir haben angefangen, unser Saatgut so zu verändern, dass es mehr Herbizide verträgt...“ **en**

Für eine gentechnikfreie Landwirtschaft.

Die Aktion Zukunft Säen setzt ein Zeichen gegen Gentechnik auf unseren Feldern. Es kommen Menschen auf die Höfe und säen gemeinsam von Hand ein Weizenfeld aus. Gesät wird am 22. März auf den Höfen Biohof Berner im Kreis Kreiensen, Gut Fahrenbach in Witzenhausen und Weiteren. Säer, Säerinnen und weitere Höfe sind herzlich eingeladen, bei der Aktion mitzumachen. Infos auf www.avenirse.com **mh**

Streit ums Saatgut

Die Flugschrift „Streit ums Saatgut“ der Aktion 3.Welt Saar ist bisher 100.000 mal verteilt worden und war auch in der *Unabhängigen Bauernstimme* beigelegt. Die Flugschrift handelt von den Konsequenzen aus der Patentierung von Pflanzen und Tiere. Sie berichtet von Biopiraterie und nur schwer zu durchschauenden Verbindungen zwischen Industrie und Politik, wenn es darum geht, mit internationalen Abkommen Türen für die Unternehmen zu öffnen. Es geht aber auch um die Freiheit des Saatguts und das Recht auf Nachbau. Natürlich darf da auch der Streit um Linda, der umkämpften Kartoffel, nicht fehlen. Inzwischen ist die zweite Auflage gedruckt und bereit zum Verteilen. Die Flugschrift kann bei Aktion 3.Welt Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim am See, Telefon 06872 9930-56, E-Mail: mail@a3wsaar.de, www.a3wsaar.de abgerufen werden. **mn**

Kurzes am Rande

Wahlhilfe für Bayern

Aigners plötzlicher Anti-Gentechkurs soll die CSU nach Europa retten

Immer wenn es in Bayern Wahlen zu verlieren geben könnte, soll die Gentechnik außer Landes befördert werden. Zumindest der Rhetorik nach muss sie weichen – einen ernsthaften Versuch haben weder Amtsvorgänger Horst Seehofer noch die amtierende Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner unternommen. Letztere sucht laut *Berliner Zeitung* fieberhaft nach Möglichkeiten, aus Bayern eine gentechnikfreie Zone zu machen. Würde sie ganz unfiebrig ins Nachbarland Österreich gucken, hätte sie die Lösung. Dort haben die einzelnen Bundesländer unter Berufung auf den Erhalt der Koexistenz die Gentechnik verbannt – ganz ohne dass, wie schon von Seehofer oder auch jetzt von Aigner behauptet, irgendwelche Brüsseler Gesetze geändert werden mussten. „Aigner leistet Wahlhilfe für die CSU“, formuliert der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, denn auch die wahren Beweggründe für ihren anti-Gentechkurs, „die CSU hat Sorge, dass sie nicht ins EU-Parlament kommt, da ein Ergebnis nur knapp über 40 Prozent, wie sie es bei der Bayernwahl geholt hat, nicht die bundesweit nötigen 5 Prozent ergeben, um den Sprung nach Brüssel zu schaffen.“ Deshalb, so Graefe zu Baringdorf, verbreite Aigner, man müsse erst in Brüssel Gesetze ändern, um Bayern gentechnikfrei zu erklären und dafür brauche man die CSU dort. Das ist aber nicht die Wahrheit, Ai-

gner könnte mit einer Berufung auf Koexistenzgründe nicht nur Bayern zur gentechnikfreien Zone machen, sondern „müsste sich auch um ein Verbot des Mais Mon 810 keinen Kopf mehr machen“. Der ist die zweite Baustelle, an der Aigner arbeitet. Sie sucht im Monitoring nach Risiken durch den Anbau, die ihr die Möglichkeit geben, ihn zu verbieten. Kritiker zweifeln, wie ernsthaft sie tatsächlich sucht. Dabei wäre es ein überaus wichtiges Signal auch an die EU-Mitgliedsstaaten, die bislang auf nationalstaatlicher Ebene Mon 810 verboten haben und dafür demnächst wohl Ärger mit der EU-Kommission bekommen werden, wenn nicht ein so gewichtiges Land wie Deutschland mit in die Bresche springt. Eigentlich sollte es Aigner leicht fallen, zumal doch sogar der Bauernverband derzeit nicht anders kann. Die bayerischen Kreisobmänner haben ihren Präsidenten Gerd Sonnleitner gezwungen, sich für ein Verbot des Mon 810 auszusprechen. Der Druck in Bayern ist groß, auch wenn sich bereits mehrere Stimmen wie die der Bundesforschungsministerin Annette Schavan aus der Schwesterpartei gegen ein Verbot des Genmais zu Wort melden. Aber wer hätte jemals zuvor gedacht, dass die Gentechnik gleich zweimal zu einem wahlentscheidenden Thema für die schier unerschütterlich geltende Macht der CSU werden würde? **cs**

Bundesregierung muss Farbe bekennen!

Bei der Zulassung zweier neuer Gen-Maissorten ist ein klares Nein gefordert

In den nächsten Wochen will die EU-Kommission die gentechnisch veränderten Maissorten Bt 11 und 1507 (von Syngenta bzw. Pioneer), die wie MON 810 ein Insektizid produzieren, zum Anbau in Europa zulassen. Verhindern können das die Umweltminister der Mitgliedsstaaten – kommt im Umweltministerrat (voraussichtlich im Juni 09) jedoch keine deutliche Mehrheit gegen die Anbauzulassung zustande, entscheidet die EU-Kommission. Diese hat bislang eigentlich immer alle GVOs durchgewunken. Für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft bedeutet der dann möglich werdende Anbau dieser neuen Maissorten u.a. komplexere und teurere Analysen. Diese Kosten müssen bislang die gentechnikfrei wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern bzw. Verarbeitungsunternehmen tragen, weil das Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt wird.

Bisher durfte im konventionellen Anbau nur der Mais MON 810 in der EU angebaut werden. Seine Zulassung ist ausgelau-

fen, derzeit befindet sich der MON 810 im Neuzulassungsprozess. Einige EU-Staaten, wie Österreich, Frankreich, Griechenland, Polen und Ungarn haben den Anbau von MON 810 in ihrem Land verboten. Allerdings versucht die EU-Kommission derzeit, die nationalen Anbauverbote aufzuheben. Die Gentechnik-Kritiker fordern das Selbstbestimmungsrecht der Regionen und fordern von der Bundesregierung den Willen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die neue Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner und Umweltminister Sigmar Gabriel haben in den nächsten Monaten die Aufgabe, über wichtige Aspekte des GV-Maisanbaus zu entscheiden. Die Politik muss Farbe bekennen: Mit einem klaren NEIN gegen die Zulassung der neuen Maiskonstrukte Bt 11 und 1507; für die Aufrechterhaltung der nationalen Verbot; für ein Anbauverbot von MON 810 in Deutschland.

Annemarie Volling

„Gentechnisch veränderter Reis wird am Markt nicht akzeptiert“

Der kalifornische Reisanbauer Greg Massa hat auf einem Besuch in Deutschland von seinem Engagement gegen die Gentechnik berichtet

Herr Massa, Sie kommen aus Kalifornien, wie sieht die Landwirtschaft dort aus?

Die landwirtschaftliche Produktion in Kalifornien ist –gemäß seiner unterschiedlichen Regionen und Klimate – extrem vielfältig. Eigentlich bauen wir alles an: von Reis bis Bananen. Landwirtschaft ist einer der großen Wirtschaftszweige Kaliforniens. Bei uns wachsen 80 Prozent der weltweiten Mandelproduktion. In meiner Region, am Sacramento Fluss, werden schwerpunktmäßig Pfirsiche und Nüsse angebaut. Mein Betrieb ist 300 Hektar groß, eine durchschnittliche Betriebsgröße der Reisbauern – meist Familienbetriebe. 100 Hektar meines Betriebes bewirtschafte ich ökologisch: Reis, Weizen und Mandeln. Hinzu kommen 200 Hektar konventioneller Reis. Die Ernte von 200.000 ha Rund- und Mittelkornreis in Kalifornien wird zu 50 Prozent nach Japan, Taiwan, Süd-Korea sowie Jordanien und die Türkei exportiert. Die anderen 50 Prozent gehen hauptsächlich in die inländische Verarbeitung, zu Kelloggs oder der Brauerei Anheuser-Busch, die Produzenten von Budweiser.

Sie sind Präsident der Kalifornischen Reisfarmer...

Ja, in unserem Zusammenschluss haben sich 200 kalifornische Reisfarmer organisiert mit dem Ziel, den Reisanbau wirtschaftlicher zu gestalten. Die wichtigsten Einflussfaktoren sind unserer Meinung nach die Verbesserung unseres Reisvermarktungssystems und die Biotechnologie. Wobei wir uns klar gegen die Freisetzung und den Anbau von gentechnisch verändertem Reis aussprechen, weil GV-Reis am Markt nicht akzeptiert wird und weil die Haftungsregelungen völlig unklar sind.

Spielt denn das Thema Gentechnik in Kalifornien eine Rolle?

Es gab schon mehrere Freisetzungsvorläufe. Bayer hat einen herbizidtoleranten Liberty Link Reis, die Universität von Kalifornien einen salttoleranten Reis getestet, und Ventria Bioscience hat versucht, einen Pharma-Reis freizusetzen.

Einen Pharma-Reis?

Genau, einen Reis, in den menschliche Gene eingebaut wurden, die dafür sorgen sollen, dass die Pflanze zwei menschliche Eiweiße produziert. Der Extrakt aus dem Pharma-Reis soll zur Produktion eines Medikaments gegen Durchfallerkrankungen bei Kindern

dienen. Fatalerweise ist die Pharma-Reis-Sorte genau die gleiche Reissorte, die ich und auch die meisten anderen Kalifornischen Reisfarmer anbauen. Optisch wäre der Pharma-Reis nicht von unserem Lebensmittelreis zu unterscheiden gewesen. Und: der Pharmareis sollte inmitten unserer Anbauregionen freigesetzt werden.

Und, was geschah dann?

Die Kalifornischen Reisfarmer haben, nachdem das Freisetzungsvorhaben von Ventria Bioscience bekannt wurde, unsere vier größten Importeure befragt, wie sie reagieren würden, wenn es zur Freisetzung kommen würde. Die Antwort war klar: Sie würden keinen Reis mehr aus Kalifornien beziehen, auch dann nicht, wenn er billiger wäre. Die Kontaminationsgefahr sei einfach zu hoch. Japan hätte sofort seinen Import gestoppt. Das wäre für die Reisfarmer ein Verlust von 500 Mio US-Dollar jährlich. Daraufhin haben wir Kalifornischen Reisfarmer eine Petition gegen die Freisetzung verfasst, die sogar der größte Getreidehändler – ADM – mit unterzeichnet hat. Anfangs hatte die Kalifornische Reiskommission den Freisetzungsvorhaben genehmigt, aber die Empörung in der Öffentlichkeit und die Petition der Farmer haben sie überzeugt, den Freisetzungsvorhaben zu stoppen!

Warum haben Sie sich persönlich gegen den Pharma-Reis engagiert?

Der Anbau von Pharma-Reis in Kalifornien hätte die gesamte Reiswirtschaft zerstört. Unsere Reiserporte wären eingebrochen, in Folge wären die Reis-Anbauflächen dramatisch zurückgegangen. Das hätte enorme Auswirkungen auf die ländlichen Gebiete und die Gesellschaft gehabt, da unsere lokale Wirtschaft stark vom Reisanbau abhängt. Und – es wäre ein riesiges Problem für die Zugvögel geworden, die sich bei ihrer Durchreise von Kanada von den Resten auf den Feldern ernähren... Wir bauen auf unserem Betrieb in der vierten Generation Reis an. Ich wollte verhindern, dass der Reisanbau in meiner Generation der letzte ist.

Wie war das mit dem Gentechnik-

Reisskandal um den LL601 im Jahr 2006?

In den 90er Jahren sind von der Universität Louisiana in Südamerika Freisetzungsvorläufe mit LL601 gemacht worden, einem Langkornreis der Sorte Cocodrie. Der LL601 ist von Aventis

Meinung, dass Reis ein „reiner“ Selbstbestäuber sei, der GV-Reis trotzdem ausgekreuzt ist.

Und jetzt? Gibt es noch gentechnikfreien Reis aus Südamerika? Wer trägt den Schaden?

Mittlerweile weisen 99 Prozent der untersuchten Proben keine Kontaminationen mehr auf. Die Bauern haben Schadensersatzforderungen an Bayer gestellt, bislang sind die Klagen noch anhängig. Auch der Folgeschaden blieb an den Reisfarmern und den Reisverarbeitern hängen: Die verunreinigte Sorte Chemiere ist aus dem Verkehr gezogen worden. Die gesamte Produktionskette – angefangen bei den Saat- und Erntemaschinen, die Transportfahrzeuge und Zwischenlager, die Reismühlen und Schiffe... Alles musste von Grund auf gereinigt werden – immense Kosten, die nicht der Verursacher zahlen musste. Bislang jedenfalls.



Greg Massa machte Station in Eberswalde, Dresden, Rostock und Saerbeck.

Foto: Herzog

entwickelt worden, die von Bayer 2002 aufgekauft worden sind. Fünf Jahre nach Ende der Freisetzungsvorläufe fand ein Händler heraus, dass von ihm importierter Reis mit LL601 verunreinigt war. Innerhalb kürzester Zeit fielen die Reispreise um 150 Mio US-Dollar, da Japan und Europa sofort den Import stoppten. Im weiteren Verlauf wurden in 60 Prozent der südamerikanischen Reisernte Verunreinigungen mit LL601 gefunden. Die Reisbauern haben Bayer Crop Science und die Universität Louisiana verklagt. Bis heute – 2,5 Jahre nach dem Vorfall – haben die Bauern noch keinen Dollar gesehen!

Wie konnte das passieren? Es waren doch „nur“ Freisetzungsvorläufe?

Es waren Freisetzungsvorläufe auf relativ kleinen Parzellen und irgendwie hat sich das Konstrukt LL601 auf den gesamten Reisanbau in Südamerika verbreitet. Bei der Recherche hat man Verunreinigungen mit LL601 im Basisaatgut der gängigen Sorte Chemiere festgestellt – eine andere als die Versuchssorte Cocodrie. Das bedeutet, dass entgegen der wissenschaftlichen

Hat der Skandal etwas in der US-amerikanischen Bevölkerung verändert?

Den amerikanischen Verbrauchern ist es bislang leider ziemlich egal, was sie essen. Es gibt keine Kennzeichnungspflicht für GVO-Lebensmittel und damit auch keine Wahlfreiheit für die Konsumenten. Aber in den letzten Monaten gab es einige Lebensmittelkandale: Salmonellen in Peanutbutter, Melanin im Haustierfutter – und mit Haustieren ist bei den Amerikanern gar nicht zu spaßen. Und es gibt Erfolge: Eine RoundupReady Luzerne ist 2007 von den zuständigen amerikanischen Behörden zugelassen worden. Dagegen haben die Bauern erfolgreich geklagt und den Anbau unterbunden.

Danke für das Gespräch

Annemarie Volling

Greg Massa war auf Einladung der AbL für einige Tage in Deutschland auf Veranstaltungen. Dank an alle finanziellen Unterstützer und Aktiven vor Ort!

Große Vielfalt auf kleinen Parzellen ohne Gentechnik

Die Hamburger Gemüsebäuerin Birgit Scharnberg verkauft Kohl und Salat und vertritt ihre Meinung – alles mit viel Überzeugung

„Wie haben Sie den denn da drangeklebt“, hat mich mal eine Kundin gefragt“, sagt Birgit Scharnberg und schmunzelt ein bisschen, „da hatte ich eine Rosenkohlstaupe mit auf den Markt genommen, um den Leuten zu zeigen, wie so was aussieht.“ Das ist das ureigenste Anliegen der dynamischen Gemüsebäuerin aus den Vier- und Marschlanden südlich von Hamburg. Dort wo traditionell Gemüse und Zierpflanzen auf dem schweren Marschboden des flachen, von vielen Gräben und wenigen windschiefen Bäumen zerteilten Landes wachsen, existiert auch die Familie Scharnberg

schon seit Generationen von großer Vielfalt auf kleinen Parzellen. Birgit Scharnberg lebt allerdings ganz offensichtlich nicht nur vom Gemüse, sondern auch für ihren Beruf, der schon seit der Großelterngeneration auch den direkten Verkauf der eigenen Ernte auf dem Wochenmarkt umfasst. Damit gehören sie und ihr Mann Axel, der vornehmlich für den Anbau zuständig ist, während sie mehr verkauft, zum immer kleiner werdenden Kreis der Direktvermarkter auf den Wochenmärkten. Kaum noch jemand macht den Knochenjob aus nächstlichem Standaufbau, Markt bis Mittag, dann Abbau und schließlich noch gärtnern: ernten, pflanzen, kontrollieren. Die meisten ihrer Marktkollegen kaufen längst alles auf dem Großmarkt ein und nutzen den Irrglauben vieler Verbraucher und Verbraucherinnen: Wochenmarktstände seien generell Verkaufsstätten handgezoGENER Eigenproduktion, und den damit einhergehenden Vertrauensvorschuss. Deshalb ärgert es Birgit Scharnberg auch, wenn es an den Nachbarständen schon im Februar frischen Vierländer Kohlrabi gibt, obwohl bei ihr noch keiner erntereif ist und sie ehrlich ihrer Kundschaft gegenüber bekundet, noch auf zugekauften zurückgreifen zu müssen.

Verkaufsargument Vertrauen
„Die Leute wollen leider zu allen Jahreszeiten alles“, so Scharnberg, aber

von ihr bekommen sie immer das Maximum aus dem eigenen Betrieb und das, was dort gerade nicht reif ist, kommt von Händlern, zu denen zumindest meist seit Jahren schon eine vertrauensvolle Handelsbeziehung besteht. Denn Vertrauen ist eines der wichtigsten Verkaufsargumente, das Birgit Scharnberg ins Feld führen kann. Sie ist überzeugt und überzeugend, wenn sie davon berichtet, dass sie nur soviel Pestizide wie unbedingt nötig einsetzen und nur das düngen, was laut Bodenprobe entzogen wurde. Das merkt man ihrer Meinung nach auch am Ge-

late und alle möglichen Kohlarten. Auf einem weiteren Hektar stehen Obstbäume, die für Äpfel, Birnen, Zwetschgen und Kirschen aus eigener Ernte sorgen. Auch Erdbeeren und Rhabarber gibt es vom Scharnbergschen Feld. Die Vielfalt macht das Ganze sehr kleinteilig, vieles muss per Handarbeit erledigt werden. Dabei hilft den Scharnbergs in der Saison eine wechselnde Hilfskraft, seit ein fester Mitarbeiter vor Jahren gestorben ist. Die 25 Hektar Ackerland, die noch zum Betrieb gehören, sind seit zwei Jahren an einen Nachbarn verpachtet, der das Gemüse

auch für den Kopf. Über die Flyer und die Buttons an den Marktschürzen von ihr und ihrer mitverkaufenden Hilfskraft kommt man mit den Kunden und Kundinnen ins Gespräch. „Vielen ist nicht bewusst, dass die Gentechnik hier bei uns schon anklopft“, sagt Birgit Scharnberg und musste vor kurzem selber feststellen, dass sie näher ist als man denkt. Im Mineralfutter, das sie für die Hähnchen zukaufte, seit mal ein Durchgang Gelenkprobleme hatte, steht ganz unten auf der Zutatenliste auch „Soja.“ Da ist noch eine Baustelle bei der regionalen Bezugsstelle zu bear-

beiten. Dabei kann Birgit Scharnberg sich nicht über Langeweile beklagen und will auch mal ein bisschen kürzer treten, hat ihre Ehrenämter bei den Landfrauen bereits abgegeben und nach 25 Jahren auch keine Lehrlinge mehr in ländlicher Hauswirtschaft. Die beiden erwachsenen Töchter machen zumindest noch keine ernsthaften Anstalten, den Betrieb weiterführen zu wollen, aber noch ist Birgit Scharnberg mit Herzblut dabei. Einmal mehr seit sie seit ungefähr zwei Jahren eine Besinnung der Kundschaft auf Regionalität und Qualität wahrnimmt. Das motiviert sie umso mehr, in den vielen Gesprächen unter der flatternden Plane ihre Punkte zu setzen: „Ich möchte das Bewusstsein für gesunde Ernährung

vertiefen und Familien zum gemeinsamen Zubereiten und Essen motivieren.“ Ihrer Meinung nach ist es viel mehr mangelndes Wissen als mangelnde Zeit, die viele Menschen heute zur Tiefkühlkost greifen lässt. Aber Wissen weitergeben hört bei Birgit Scharnberg nicht bei den Kochrezepten auf. Sie wird sich auch in der jüngst gegründeten Initiative der „Gentechnikfreien Metropolregion Hamburg“ engagieren, „damit man den Kindern eine lebenswerte Welt hinterlässt.“



Birgit Scharnberg legt gern selbst Hand an – ob beim Grünkohl oder gegen die Gentechnik.

Foto: Schievelbein

schmack des Gemüse und Salats. Früher gab es noch eine Förderung für den kontrolliert integrierten Anbau, Scharnbergs machen es auch ohne sie weiter. Dabei achten sie in ihren fünf Folienhäusern mit rund 1.000 Quadratmeter Fläche auf einen weiten Fruchtwechsel zwischen Tomaten, Paprika, Gurken, Auberginen und Zwischenfrüchten, so dass viele Krankheiten und Schädlinge sich gar nicht erst einstellen, und setzen Nützlinge ein, um Pestizide zu vermeiden. Draußen wächst auf rund einem Hektar Rauke, Feldsalat, im Sommer dann verschiedene Kopf- und Blattsa-

der Scharnbergs durch seine Fruchtfolge wandern lässt und ihnen Futtergetreide für die 12 Schweine, 200 Hühner und 150 Hähnchen liefert. Auch das Fleisch und die Eier werden über die vier Märkte in Hamburg-Bergedorf und Lohbrügge vermarktet, auf denen die Scharnbergs jede Woche stehen.

Regionalität und Qualität

Seit Birgit Scharnberg über einen Bio-Gemüsebauern der Region auf eine regionale Initiative gegen Gentechnik aufmerksam gemacht wurde, gibt es an ihrem Marktstand noch mehr Futter –

Leserbrief

„Die Bauern als Marktpartner“

Zum Artikel Bauernstimme Februar 2009

Die Unverfrorenheit der Politik – hier in der Äußerung des Herrn von Boetticher – ist nicht mehr zu überbieten.

Herr v. Boetticher spricht von „dieser Landwirtschaft, die er wettbewerbsfähiger machen möchte“, wohl wissend, dass es eine einheitliche Landwirtschaft, die gewissermaßen als ein Unternehmen handelt, nicht gibt. Im Gegenteil, wir haben es mit einer Vielzahl von Unternehmern zu tun. Und jeder muss sehen, wie er bei den augenblicklichen Gegebenheiten zurecht kommt. Was Herr v. Boetticher vorschwebt, gibt er vor 300 Milchbauern in Norddeutschland nur verschlüsselt zu erkennen. „...und ich sage ihnen... für einige Betriebe wird das hart.“ Sehr viel deutlicher wurde er auf dem Höhepunkt des Milchstreiks Mitte des vergangenen Jahres: „... Es gibt noch viele zu kleine Milchbauern. Viele von ihnen werden in den nächsten Jahren verschwinden ...“

Wozu brauchen wir einen Landwirtschaftsminister, der sich innerlich von der Vielzahl seiner Bauern, die er vertreten soll, die letztlich auch sein Gehalt aufbringen, bereits verabschiedet hat? Wer produziert denn die zu großen Milchmengen, „die in Deutschland nicht gebraucht werden?“ und warum werden sie produziert? Jeder landwirtschaftliche Betrieb – wenn

er überleben will – muss betriebswirtschaftlich handeln, also bei niedrigeren Preisen mehr produzieren! Das ist der Beginn einer Abwärtsspirale! Bei 21 Cent pro kg Milch sind wir bereits angelangt und das ist der „Tod“ vieler kleiner Milchbauern. Nur die großen Betriebe mit einer hohen Anzahl von Milchkühen, die billiger produzieren können, werden überleben. Das ist die Botschaft des Herrn v. Boetticher! Und genau das ist der teuflische Plan unserer Agrarpolitik seit den 60ziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Jedes Jahr geben ca. 30.000 Betriebe auf, und noch immer wird dieser verhängnisvolle Trend von der Politik verschleiert oder nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn etwas dagegen getan. Im Gegenteil, das Ergebnis der bisher praktizierten Agrarpolitik ist Teil der deutschen Wirtschaftspolitik mit Liberalisierung und Globalisierung der Märkte. Mit all den Erscheinungen, die wir heute ständig in den Zeitungen lesen können, die die Menschen spüren, gegen die wir nichts machen können, die zunehmend auch zu Politikverdrossenheit mit Wahlenthaltung oder zu Radikalisierung geführt hat.

Wie blind unsere Agrarpolitiker wirklich sind, erkennt man an der Tatsache, dass selbst bei der 59. Hochschultagung in Kiel

am 30. Januar 2009 Herr v. Boetticher in seiner Ansprache mit keinem Wort auf die Forderungen des Weltagrarrates eingegangen ist. In engem Schulterschluss mit der Wissenschaft wird Politik wie bisher betrieben – Ja, man hat von dem Weltagrarratbericht noch nicht einmal Kenntnis genommen.

Nun stellt sich in Anbetracht der gewaltigen vor uns liegenden Aufgabe die Frage, was wird heute von uns erwartet. Allein das Problem zu erkennen und Lösungsansätze zu formulieren, ist zu wenig. Es muss konkret gesagt werden, was als nächstes gemacht werden muss. Alle bisher gemachten Vorschläge von Politik und Wissenschaft bleiben in den Vorstellungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verhaftet. Dieses System fordert gewissermaßen als oberste Maxime ökonomisches Handeln, Kapitalvermehrung, auch dann, wenn Größenordnungen erreicht sind, die menschliches Vorstellungsvermögen bei weitem überschreitet.

Dr. Frank Schepke
Hof Seekamp, Löptin

Leserbrief

Falsche „Frischmilch“ – ein Betrug am Verbraucher

zur Debatte über ESL-Milch und die fehlende Kennzeichnung

Nicht genug damit, dass seit geraumer Zeit hocharbeitende ESL-Milch als „Frischmilch“ in den Läden verkauft werden darf, angeboten als „maxifrisch“, aber ohne klare Kennzeichnung, um was es sich handelt; nicht genug damit, dass die Discounter Aldi, Lidl und Penny mittlerweile dazu übergegangen sind, überhaupt keine normale pasteurisierte Frischmilch mehr in ihre Regale zu stellen – jetzt soll dieser unverfrorene Betrug am Verbraucher auch noch amtlich abgesegnet werden, und zwar vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Als die öffentliche Debatte kurz vor Beginn der Grünen Woche in Berlin begann, hatte sich das von Ilse Aigner (CSU) geführte Ministerium beeilt zu versichern, dass selbstverständlich eine klare Kennzeichnung der ESL-Milch erfolgen werde und der Verbraucher eine echte Wahlfreiheit haben müsse. Nach einer „gemeinsamen Erklärung“ vom 6. Februar 2009 wurde in Gesprächen zwischen BMELV, dem Milchindustrie-Verband (MIV) und

dem Verband des deutschen Einzelhandels (HDE) Folgendes vereinbart: Es soll lediglich eine freiwillige Kennzeichnung geben, genannt „Selbstverpflichtung.“ Danach soll die pasteurisierte Frischmilch (Haltbarkeit 5 bis 7 Tage) den Zusatz bekommen: „traditionell hergestellt“, die ESL-Milch dagegen den Zusatz „länger haltbar.“ Der Verbraucher wird mit vieldeutigen bzw. nichtssagenden Formeln abgespeist, anders gesagt: schlicht für dumme verkauft. Es findet sich kein Sterbenswörtchen über das angewandte Verfahren und schon gar nicht über den Erhitzungsgrad. Zur Klarstellung: pasteurisierte Milch wird auf 72 bis 74 Grad Celsius erhitzt, ESL-Milch auf 127 Grad (!) und H-Milch auf 135 Grad. Die beiden letzteren Sorten sind im üblichen Sprachverständnis „gekochte Milch“, keinesfalls Frischmilch, und danach schmecken sie auch. Kein klärendes Wort auch darüber, dass der Vitamingehalt mit dem Erhitzungsgrad deutlich zurückgeht und das wichtige Grundnahrungsmittel Milch bei dieser Prozedur in

Zusammensetzung und Eiweißgehalt noch manch andere Veränderungen erfährt.

Alle wichtigen Fragen bleiben unbeantwortet: Warum wurde z. B. diese Regelung nur mit den Vertretern der Milchindustrie und des Handels ausgekungelt, ohne den Bundesverband Verbraucherzentralen hinzu zu ziehen? Warum glaubt die Politik, auf eine eindeutige Verordnung mit verbindlichen Vorschriften verzichten zu können? Ist man in Berlin wirklich der Meinung, man könne mit den Verbrauchern so umspringen? Warum wird nicht sofort eine Initiative auf EU-Ebene ergriffen, um einheitliche Regelungen im Binnenmarkt zu erreichen? Der einzig erkennbare Vorteil ist ein kommerzieller: „länger haltbar“ gemachte Milch muss nicht so häufig kontrolliert und seltener aus dem Regal genommen werden. Fazit also: Arbeit wird gespart, der Profit triumphiert, der Verbraucher hat das Nachsehen.

Dr. Liesel Hartenstein
Leinfeld-Echterdingen

Kein Bauer erzählt

Als Redaktion standen wir dieses Mal vor der Schwierigkeit, zwar lange Leserbriefe zu haben, aber keine erzählende Bäuerin oder gar einen Bauern. Deshalb fiel uns die Entscheidung nicht schwer, den gewohnten Rahmen der Seite 19 zu durchbrechen und die Seite anders zu gestalten. Keine Angst, das soll eine Ausnahme bleiben! Zur Unterstützung wäre es allerdings toll, wenn mehr von Ihnen, unseren Lesern und Leserinnen, das Angebot wahrnehmen würden, uns mit einem kurzen Text, einer lustigen, traurigen oder nachdenklich machenden Erfahrung zu beglücken.

Im Voraus vielen Dank!
Ihre Redaktion

Früher war alles anders

Töchter lassen ihre Mütter erzählen. Von Kindheit und Jugend auf dem Bauernhof im 2. Weltkrieg. Von der Zeit nach dem Krieg. Vom harten Leben voller Entbehrungen. Aber auch von der Idylle des einfachen Daseins als Bäuerin. Dieses Buch dokumentiert vierzehn Lebensgeschichten und Schicksale von Bäuerinnen aus verschiedenen Regionen Deutschlands.

Zum Beispiel Ida Haffert, geboren 1926 in Wadersloh in Nordrhein-Westfalen. Mit Tochter Ingeborg trinkt sie zuerst einen Doppelkorn, bevor sie ihre Vergangenheit wieder zum Leben erweckt. Sie erzählt von den Mädchen auf dem Lande, die alle eine hauswirtschaftliche Ausbildung bekamen. „Und dann musstest du warten, bis du weggeheiratet wurdest. Wenn du Pech hattest, dann war das eben nicht“.

Agnes Sester, geboren 1926 in Gengenbach im Schwarzwald, erinnert sich an eine wunderschöne, unbeschwerter Kindheit mit Käsekuchen und Katze. Nur einen Badeanzug hätte sie immer gerne gehabt. Hannelohre Döhler ist 1934 in Büssow/

Hinterpommern geboren. Sie schildert die Flucht aus ihrer Heimat, dem heutigen Polen. Wenn sie von dem Vieh erzählt, das gebrüllt hat vor Hunger, Durst und Milchdrang, laufen auch der Tochter die Tränen über die Wangen.

Oder Paula Hertlein, 1936 geboren in Laibach in Baden-Württemberg. Sie kannte nichts anderes, als zusammen mit sechs Geschwistern von morgens bis abends zu arbeiten. „Man war zufrieden. Es wurde nicht gerechnet, ob am Ende was übrig bleibt. Gereicht hat es immer“.

Viele Ehemänner der Frauen sind im Krieg gestorben. Zum Teil hielten die Frauen mitsamt ihrer Kinderschar den Betrieb am laufen. Wie haben sie das geschafft? Wollten sie alle Bäuerinnen werden? Dieses Buch ist ein zeitgeschichtliches Dokument über das Leben von Bäuerinnen in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Es ist wie die Schicksale, von denen es erzählt. Herzerreißend traurig und schwer, aber auch warm und mutig, bescheiden und voller Leben. *mh*



Ulrike Siegel (Hrsg.): *Wolltest du Bäuerin werden?* 207 Seiten, Landwirtschaftsverlag, ISBN 978-3-7843-3487-5, 14,95 €
Zu beziehen über den AbL-Verlag

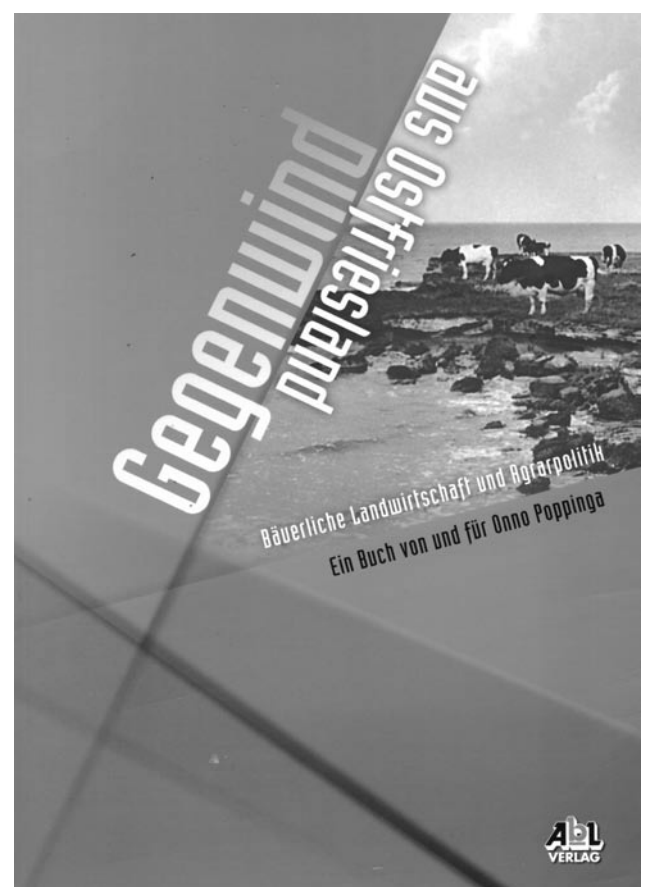
Gegenwind aus Ostfriesland

Anlässlich des Abschieds aus dem universitären Berufsleben von Prof. Dr. Onno Poppinga ist ein Buch entstanden, das genauso vielseitig ist, wie er. Onno Poppinga, der Kollege und Professor, der fleißige Student und linke Achtundsechziger, der kritische Wissenschaftler und Bauer, der Aufständler, Querdenker und AbLer, der Züchter, Pferde- und Naturfreund. In dem Buch erfahren wir mehr über die „revolutionäre, rotgoldene Lichtgestalt am Bauernhimmel“ und den Mann, der „mit Hut, Block und Stift in rumänischen Milchviehställen“ und anderen Orten auf der Welt einen großen Eindruck hinterlässt. Mitarbeiter und Mitstreiter haben Geschichten und Anekdoten, wissenschaftliche Texte und Essays, Berichte und Aufsätze zusammengetragen. Sie spiegeln das Leben, Wirken und die Arbeit von Onno Poppinga wider. Mit Herzblut und Kritik sind die Texte geschrieben. So ist auch die Arbeit von Onno Poppinga. Mit Überzeugung und einem kritisch scharfen Verstand hat er immer wieder die Wissenschaft und ihre allgemein hin als gültig anerkannten Theorien in Frage gestellt. Dabei hat er stets für eine bäuerliche Landwirtschaft gekämpft. Ob der wissenschaftliche Mythos „1kg Kraftfutter = 2 kg Milch“, allgemein hingewonnene Theorien zu Grundsätzen der Milchrinderzucht oder dem Anbau von Leguminosen – dieses Buch bietet alternative Sichtweisen und Methoden in den unterschiedlichsten Bereichen. Ob Milch, Zucht oder Politik, ob bäuerlicher Wider-

stand, Umweltzerstörung oder Nationalsozialismus.

Nach der Lektüre dieses Buches kann der Leser ahnen, warum es den Untertitel „Ein Buch von und für Onno“ trägt. Die Texte dieses Buches sind genauso von Onno Poppinga geprägt, wie die Menschen, die sie geschrieben haben. Leider fehlt dem Buch ein Foto von dem Mann, der so viele Gesichter hat. Sich ein eigenes Bild zu machen, fällt jedoch nicht schwer. Dieses Buch ist mehr als ein Stück Geschichte aus dem Leben und Wirken des vielseitigen Menschen Onno Poppinga. Es ist ein informatives und zugleich unterhaltsames Buch zum Nachdenken und Handeln. Es bietet Argumente und birgt wichtige Einsichten. Ein Buch für Bäuerinnen und Bauern, für Politiker und Professoren, für Wissenschaftler und Historiker, für Umweltschützer und Tierliebhaber, für Studenten und Lehrende, für Kämpfer und Träumer. Und für Solche, die alle gegebenen Umstände immer mit einem kritischen Auge betrachten. *mh*

Gegenwind aus Ostfriesland; Ein Buch von und für Onno Poppinga; AbL-Verlag; 304 Seiten, ISBN 978-3-930413-38-6; 27,90 Euro; zu beziehen über den AbL-Verlag



Krankheiten der modernen Tierhaltung

In der konventionellen Tierzucht werden Milch-, Fleisch- und Legeleistung gesteigert bis an die Grenzen des Machbaren. Dabei sind regelmäßig auftretende Tierseuchen wie die Vogelgrippe nur die Spitze des Eisberges. Zucht- und haltungsbedingte Krankheiten sind in der Massentierhaltung alltäglich. Denn Wachstums- und Mastintensität sind im Laufe der letzten Jahre enorm gestiegen.

Zum Beispiel in der Aufzucht von Masthähnchen: Wog ein Tier im Jahre 1945 nach zehn Wochen Mastdauer 1200 g, so brachte es 2004 nach 5,6 Wochen bereits 2400 g auf die Waage. Folge dieses rasanten Wachstums sind nicht nur eine herabgesetzte Immunabwehr, sondern auch Beinschäden, Wirbelverkrümmungen, gebrochene Schlüsselbeine und vieles mehr. Tiere sterben an plötzlichem Herztod, verursacht durch Kreislaufprobleme aller Art. In der Schweinemast sieht es nicht besser aus: Beschleunigte Mastzeiten führen zu Skelettschäden und Schmerzen, zu Verhaltenstörungen und vermehrter Stressanfälligkeit. Moderne Milchkuhrassen bringen höchste Milchleistung bei hoher Krankheitsanfälligkeit und kürzester Nutzungsdauer. Die Hälfte aller Abgangsursachen von Milchkühen sind Euter-, Klauen- und Fruchtbarkeitskrankheiten.

Bernhard Hörning hat in seiner Studie

„Auswirkungen der Zucht auf das Verhalten von Nutztieren“ alarmierende Zahlen und Fakten über Krankheiten und Todesursachen in der modernen Nutztierhaltung zusammengetragen. Er belegt sie durch eine lange Literaturliste. Ziel seiner Arbeit ist es, mögliche Zusammenhänge zwischen Leistungen und Verhalten bei Nutztieren aufzuzeigen. Doch er nennt auch Lösungsansätze: Niedrigere Besatzdichten, mehr Bewegungsfreiheit, nährstoffreduzierte Fütterung und züchterischen Einflussnahme, um nur einige zu nennen, können das Leiden der Tiere verhindern.

Ein Buch, das nicht nur moderne Tierhalter, sondern auch uns Konsumenten aufrütteln sollte. Denn nicht zuletzt stellt es uns vor die entscheidende Frage: Wollen wir, dass Tiere leiden, damit wir Fleisch und Milch billig kaufen können?

Susanne Aigner

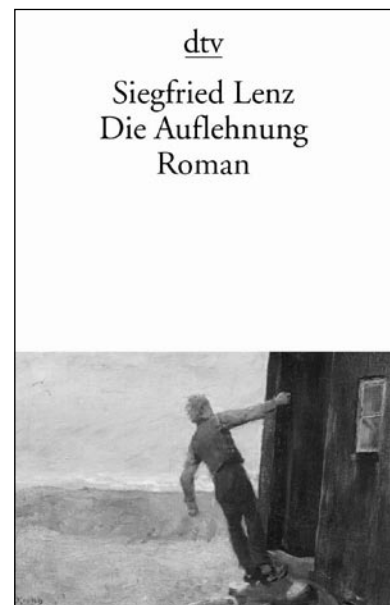
Bernhard Hörning: „Auswirkungen der Zucht auf das Verhalten von Nutztieren“. Tierhaltung Band 30. Hrsg: Tierfonds für artgemäße Tierzucht. Kassel university press GmbH, Kassel. 2008. 192 Seiten. Erhältl bei: Beratung Artgerechte Tierhaltung e. V., PF 1131, Witzenhausen. mail: bat@bat-witzenhausen.de.

Kurzes am Rande

Ende und Anfang

Sie leben in unterschiedlichen Welten und sind doch mit ganz ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert, die beiden Brüder aus Siegfried Lenz' Roman „Die Auflehnung“. Der eine ist Teichwirt und kommt mit seinen Erlösen schon seit Jahren nur mehr schlecht als recht über die Runden. Nun stellt sich eine existenzielle Bedrohung in Form der Kormorane ein, die seine Teiche als neues Jagdrevier entdeckt haben... Sein Bruder ist Teeverkoster in einem altehrwürdigen Hamburger Teehandelshaus und einer der meistgeachteten Mitarbeiter ob seines feinen, exakten Geschmackssinns. Genau der ist ihm allerdings nach Jahren der treuen Dienste abhanden gekommen. Nun steht er vor den Scherben seiner beruflichen Karriere und auch vor denen seines Lebens. Er beschließt, seinen Bruder, sein altes Zuhause an den Fischteichen zu besuchen....

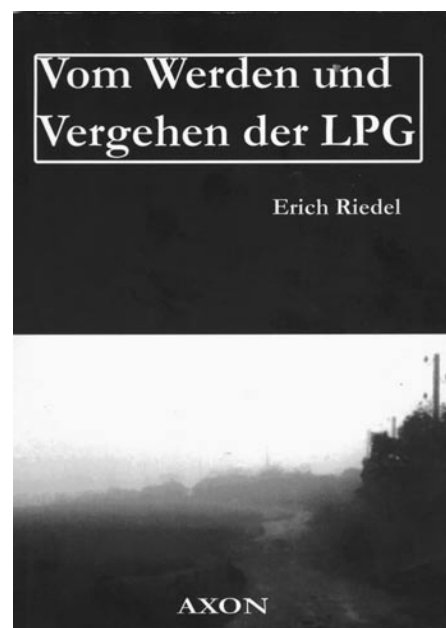
Die wunderbare Art und Weise, wie Siegfried Lenz erzählt, ist vielbeschworen und mit Preisen ausgezeichnet, so dass man versucht ist, gar nichts mehr dazu sagen zu wollen. Aber sie ist es eben, die aus eigentlich banalen Geschichten gute Bücher macht. **cs**
Die Auflehnung, Siegfried Lenz, Deutscher Taschenbuchverlag, ISBN 3-423-12155-6, 11 Euro



Vom Werden und Vergehen der LPG.

Die DDR aus der Sicht eines betroffenen Bauern. Erich Riedel schildert in seinem Buch die Entstehung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und ihre Organisation. Als Agronom in der LPG Weißenschirmbach und später als parteiloser Vorsitzender der LPG Ziegelroda erlebt er die gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen in dem sozialistischen Staat hautnah mit. Er beschreibt die Entwicklung der Landwirtschaft am Beispiel des Kreises Querfurt von Anfängen nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Ende 1990. Ein spannendes geschichtliches Dokument eines Zeitzeugen. **mh**

Erich Riedel, Vom Werden und Vergehen der LPG, Bauern in der DDR – ihr zwangsläufiger Weg; 166 S., 22x15,5, AXON Verlag, ISBN: 978-3-939325-00-0, 19,90 Euro



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2009 2008 2007 2006 2005 2004 2003
 19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

-Expl. Aus dem Moor, Stückpreis 11,00 € NEU!
- Expl. Ein Bauer erzählt, Stückpreis 10,00 € NEU!
- Expl. Schubkarrenrennen, Stückpreis 11,00 €
- Expl. Nehmt und Euch wird gegeben, Stückpreis 27,40 €
- Expl. Bewegte Zeiten, Stückpreis 9,90 €
- Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 €
- Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 13,90 €
- Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme April 2009 ist am 17. März 2009.

Hof und Arbeit

● Su. Lehrling (gerne 2./3. Lehrjahr) für unseren Bioland-Betrieb in Nordhessen. Wir bewirtschaften 130 ha, halten Schweine, Geflügel, Rinder mit Direktvermarktung und führen eine Kneipe mit Kulturveranstaltungen. Bei Interesse: s 05657-7138, Jörg Kaiser

● Wir, eine lebendige Betriebsgemeinschaft, suchen ab dem 1.7.2009 eine selbstständig arbeitende und sozial engagierte Käserin oder Käser für unsere neu eingerichtete Käseerei. Schepershof. ☎ 02053-2306 oder info@schepershof.de

● Nordpfalz: Kleiner Bioland-Gärtnerhof, mit Gemüsebau und Schafhaltung, 39 ha Pachtland, 160 m² Wohnfläche, erfolgreiche Direktvermarktung seit 25 Jahren, aus privaten Gründen zu verkaufen. ☎ 06362-5750, Email: bio.jupp@t-online.de

● Geschlossener Gutshof mit teilweise historischen Gebäuden zur Einrichtung eines Öko-Hofes in landschaftlich exponierter Lage (südl. Sachsen-Anhalt/Thüringen)
- 17 ha parkähnliches Dauergrünland direkt am Hof, gut geeignet für Ziegenhaltung
- Gebäude für alle Nutzungsarten in gutem baulichen Zustand vorhanden
- Große Lagerhalle
- unmittelbare Nähe A9 (4 km)
- sowohl Kauf als auch Pachtung
- günstig für Hofverkauf
- Stroh- und Futtermittelbereitstellung möglich
☎ 039205-41706, Mobil: 0172-3244490

● Wir suchen laufend Bauernhöfe, landwirtschaftliche Flächen, Häuser, Baugrund und Eigentumswohnungen. Für Anbieter kostenlos! Immobilien Berger, Landwirt und Makler ☎ 08071-6516

● Nette und unkomplizierte Familie (Tierarzt Ehepaar, 3 Jungens (8-6-4), 2 Ponies, Hund, Katz und ca. 5 Hühner) sucht neue Bleibe zwischen F-DA-HD-MZ. Gerne auf bewirtschaftetem Hof o.ä. Zuschriften bitte an max.bastian@gmx.net oder ☎ 0174-1791021.

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609



Veranstaltungen

BIOGAS Intensiv 02.103.104.105.106. März 2009, Wolpertshausen

Qualifizierungslehrgang für Anlagenbetreiber in fünf Modulen, die jeweils einen Tag dauern und in allen Kombinationen individuell buchbar sind: Modul I am 02.03.09: Kleine Biogasanlagen; Modul II am 03.03.09: Prozessbiologie; Modul III am 04.03.09: BHKW & Wärmenutzung; Modul IV am 05.03.09: Nahwärme & halbtägige Exkursion; Modul V am 06.03.09: Sicherer und EEG-konformer Anlagenbetrieb. Programm: www.biogas-zentrum.de/ibbk/downloads/BIOGAS-Intensiv03_2009.pdf Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum, ☎ 07954 9262-03, Fax: -04, www.biogas-zentrum.de/ibbk/

SIGÖL-Fortbildungskurs Ökologischer Landbau

05. März 2009, Bad Düben
„Kann Bio-Landbau die Welt ernähren?“ mit Benedikt Harlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft und Mitglied des IAASD – Aufsichtsrats (Weltagrarrat). „Humuswirtschaft mit Kompost“ mit Jürgen Reinhold, Bundesgütegemeinschaft Kompost. „Die Risiken der Agro-Gentechnik“ mit Andreas Bauer, Umweltinstitut München. „Ist unser Acker wirklich durch Landmaschinen gefährdet?“ mit Hartmut Döll, Freier Mitarbeiter Technische Universität Dresden. „Nachhaltige Tierzucht im Öko-Landbau“ mit Katharina Reuter, Zukunftsstiftung Landwirtschaft Tierzuchtfonds Bochum. „Wachsender Bio-Markt: Neue Ausrichtung – fair und regional“ mit Prof. Martina Schäfer, TU Berlin Zentrum Technik und Gesellschaft. Anmeldung: SIGÖL (Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau), Roland Einsiedel, ☎ + Fax: 034243-21491, 2. Fax: -26195

Blauzungen Pflichtimpfung „Agrogentechnik und gesunde Lebensmittel – passt das zusammen?“

6. März 2009 in Sulzberg-Allgäu Der Biobauer und Kommunalpolitiker Urs Hans aus der Schweiz hat sich intensiv mit diesen Themen befasst und hält dazu einen Vortrag mit anschließender Diskussion. Eine gemeinsame Veranstaltung von AbL, Bioland, Bioring, BDM und Interessengemeinschaft für gesunde Tiere. Um 20.00 im Gasthof „Zum Hirsch“ in der Sonthofener Str.4.

Bauernwallfahrt nach Altötting und Infoveranstaltung Blauzungenimpfung

14. März 2009, Altötting und Teising
Wir erbitten Schutz und Segen für unsere Tiere vor Seuchen und Krankheiten vor allem der Blauzungenkrankheit. Bitt-Gottesdienst in der Basilika Sankt Anna mit dem Guardian der Kapuziner Pater Felix Kraus. Die Begrüßung

mit Bitte um Segnung der Tiere spricht Wolfgang König, AbL-Bayern. Einzug mit einigen Tieren auf den Kapellplatz zur Gnadenkapelle und Segnung der Tiere und der Heilkräuter. Grußwort vom Administrator der Heiligen Kapelle Prälat Ludwig Limbrunner. Dank und Schlussworte spricht Edith Lirsch, AbL-Bayern. Die geweihten Kräuter können von den Teilnehmern der Wallfahrt mit nach Hause genommen und an die zu schützenden Tiere verfüttert werden.

Bitt-Gottesdienst in der Basilika Sankt Anna in Altötting am Samstag, den 14. März 2009 um 10.30 Uhr. Im Anschluss findet ab 13.30 Uhr im Gasthof Reiterhof in Teising an der B 12 eine Infoveranstaltung zur Blauzungenimpfung statt. Anmeldung und Information: abl-bayern@web.de; www.bauernwallfahrt.de, Fax: 08679-9130145; Konrad Schützneder, ☎ 08571-2238; Anton Prechtel, ☎ 09265-7198.

Wintertagung des Agrarbündnisses Mecklenburg-Vorpommern: „Bio in der Gastronomie“

18. März 2009, Güstrow
Das Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern führt eine Fachtagung zu „Bio in der Gastronomie von Mecklenburg-Vorpommern“ durch. Vormittags wird Dr. Hoppe, bundesweit bekannter Bio-Koch und -Caterer aus Kassel zu den Chancen von Bio in der Gastronomie berichten, Dr. Neundorff aus Göttingen zur Bio-Zertifizierung und -Kontrolle referieren und Rainer Roehl aus Münster die Bio-Umstellungsberatung und Schulung für Gastronomen vorstellen. Nachmittags präsentieren sich ein erfolgreiches Bio-Hotel, ein Bio-Restaurant, ein Bio-Bistro, eine Bio-Catering-Firma für Kinder und eine Mensa mit einem Bio-Angebot. Auf einem Bio-Infomarkt werden sich zehn ausgewählte Bio-Erzeuger, -Verarbeiter, -Vermarkter und -Gastronomen mit ihren Produkten bzw. Dienstleistungen vorstellen. Programm und Anmeldung unter www.bund-mv.de <Landwirtschaft>, Kontakt: Landesgeschäftsstelle MV, Dr. B. Roloff, ☎ 0385 521339 13

Naturgemäßer Obstbaumschnittkurs

21./22. und 28./29. März 2009, Schloss Tonndorf
Im Schnittkurs am Hochstamm lernen Interessierte bei Berufsimker und Baumpfleger Dipl.-Ing.agr. Michael Grolm, wie mit möglichst wenig Arbeit viel zu erreichen ist. Erzogen werden Bäume, die qualitativ hochwertiges Obst ohne Stützen tragen können und einen harmonischen Kronenaufbau haben, der von vier Seiten problemlos mit der Leiter bearbeitet werden kann. Nach der Theorie geht es unter Anleitung ans selbstständige Schneiden am Jungbaum. Die Teilnehmer lernen, den Obstbaum zu „lesen“, so können sie zuhause an ihren Bäumen ihre Schnitttechnik selbstständig weiterentwickeln. Gelernt wird auch

die schonende Altbaumpflege. Anmeldung: Michael Grolm, M.Grolm@gmx.de, ☎ 0170-1087174, www.schlosssimkereide.de

Aktion: Zukunft Säen

22. März 2009
Wir säen gemeinsam für eine gentechnikfreie Landwirtschaft! ... u.a. auf den Höfen Biohof Berner/Kreis Kreiensen, Gut Fahrenbach/Witzenhausen. Säerinnen und weitere Höfe sind herzlich eingeladen, bei der Aktion mitzumachen. Infos auf www.avenirse.ch

„Lass Dein Brot übers Wasser fahren ...“ Globalisierung als Chance zur Kooperation

26. und 27. März 2009, Bad Herrenalb
Die Tagung beschreibt die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf die bäuerlichen Betriebe im Norden und Süden. Dabei hat Landwirtschaft weltweit die längste Globalisierungsgeschichte. Können durch Kooperationen die Ergebnisse dieser Prozesse so beeinflusst werden, dass für beide Seiten eine win-win-Situation entsteht? Die Tagung findet im Rahmen des Netzwerkprojektes „Zukunftsfähiges Deutschland“ statt. Evangelische Akademie Baden, ☎ 0721 9175-352, Fax: -25 352, www.ev-akademie-baden.de

Keine Gentechnik auf dem Acker – bleibt es dabei?

02. April 2009, Rendsburg
Diskussionsveranstaltung mit folgenden Beiträgen: Konfliktfelder zwischen expandierender Landwirtschaft, der Nutzung transgener Organismen und Naturschutz, Prof. Klaus Dierßen, Ökologie-Zentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Alternativen zur Gentechnik – wie finden wir Wege in eine lebensfreundliche Zukunft? Barbara Maria Rudolf, Bioland-Bäuerin aus Silberstedt, und Carola Ketelhodt, Vorstand des Bioland Landesverbandes Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Aktueller Stand der Gentechnikgesetzgebung – was folgt für Landwirte und Verbraucher? Dr. Hans-Georg Starck, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein. Wie bleibt die Landwirtschaft in Anbau, Handel und Verarbeitung frei von Gentechnik? Bernd Voß, AbL. Risiken nationaler und europäischer Gentechnikpolitik für die Landwirtschaft, Stephan Gersteuer und Heinrich Kröger, beide Bauernverband Schleswig-Holstein. Bienen kennen keine Ackergrenzen, Fridolin Brandt, Imker. Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, Susanne Klein, ☎ 04347 704-787, Fax: -790, www.schleswig-holstein.de/AFNU/DE/Service/VeranstaltungenTermine/Anmeldung/anmelde_Formular.html

AbL

Mitgliederversammlung

der AbL - Baden-Württemberg

Sonntag, den 15.03.09 von 10.15 Uhr bis 16.00 Uhr
in der Evang. Akademie Bad Boll

- Bericht und Diskussion zur aktuellen Agrarpolitik Bundesgeschäftsführer Georg Janßen und Landesvorstand
- Neuwahl des Vorstandes
- Pause – Mittagessen
- Vortrag :Blauzungenimpfung-ist der Zwang gerechtfertigt ? Referent: Hans Spitzl/ Straußdorf

Tagungsadresse: Evangelische Akademie,
Akademieweg11, 73089 Bad Boll Tel.: 0716 / 790
Anmeldung bei: Dipl. Ing. agr. Matthias Minister
Tel : 07732 / 821345 Fax.: 07732 / 821355



Was lange währt wird endlich gut! Die neue AbL-Homepage ist online.

www.abl-ev.de



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 89,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 124,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 34,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 59,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
 Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
 Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
 Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361
 Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
 Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
 Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
 Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
 Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
 Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
 Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
 Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
 Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
 Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
 Mühlthal: Martin Trieschmann, Tel.: 06151/145480, m.trieschmann@t-online.de;
 Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
 Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
 Homberg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Baden-Württemberg

Landesverband: Josef Bopp, Ulmer Straße 20, 88416 Ochsenhausen, Tel.: 07352/8928, Fax: 07352/941422
 Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
 Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
 Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
 Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, E-Mail: Abl-Bayern@web.de;
 www.abl-bayern.info
 Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 08847/804,
 Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
 Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039
 Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480
 Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Konrad Zanklmeier, Tel: 08725/304

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Im Dezember 2008 wurde ich nach Weißrussland eingeladen, um dort Kolchos-Leiter und Agrarberater über den Ökologischen Landbau weiterzubilden. Mit Power-Point und EU-Verordnung stieg ich in den Flieger nach Minsk. Die rosarote Bio-Brille ließ ich lieber gleich zu Hause. Und wie bei vielen meiner Reisen kam ich mit der gleichen Erkenntnis wieder: Das höchste Gut, das wir miteinander teilen können, ist Wissen und Know How!

Es war meine fünfte Reise in das Land, von dem man sagt, es sei „Die letzte Diktatur Europas“. Ein Land, in dem der Boden noch Eigentum des Staates ist und in dem Großbetriebe 97 Prozent der Ackerfläche und Privatbauern nur 3 Prozent der Ackerfläche bewirtschaften.

Die erste Station meiner Reise war die BATU – die agrartechnische Universität in Minsk. Dort stand ich nun vor ca. 40 Praktikern: Kolchosleitern, Agronomen und erstaunlich vielen Tierärzten, und sollte zwei Tage lang über ökologischen Pflanzenbau und ökologische Tierhaltung unterrichten. Skeptisch, mit zerknitterten Gesichtern und verschränkten Armen blickten sie mich an und ich befürchtete schon, sie würden jeden Moment die Wodka-Gläser rausholen. Um mit etwas Einfachem zu beginnen, fragte ich, ob sie denn schon mal irgendwas über Bio gehört haben und was sie mit dem Begriff „Bio“ verbinden. Auf den dazu vorbereiteten Fragebögen kreuzten sie zu 100 Prozent „Gesunde Produkte“ an, aber vielmehr konnten sie sich darunter nicht vorstellen. Das passte zu meinen bisherigen Erfahrungen in Weißrussland: Man verbindet Bio mit „sauberen Produkten“, aber dass es vor allem auch um eine „saubere Produktion“ geht, um Umweltschutz, Naturschutz, Tierschutz, das ist noch nicht im Bewusstsein der Menschen. Meine erste Aufgabe, noch bevor ich mit den fachlichen Details anfangen konnte, war also, meinen Zuhörern klarzumachen, was wir eigentlich unter „bio“ bzw. „öko“ verstehen. In einem Nicht-EU-Land wie Weißrussland, in dem es keine Bio-Verordnung gibt und die Begriffe Bio und Öko nicht gesetzlich geschützt sind, ist dies unumgänglich. Denn glaubt man den weißrussischen Versprechen,

dann sind alle möglichen Produkte „Bio“. Im Supermarkt fand ich auch gleich einen Joghurt, der mit einem ähnlichen Siegel wie das deutsche Bio-Sechseck geschmückt war. Und selbst im Prospekt der staatlichen Agrar-Akademie in Gorki ist zu lesen, dass man „im Ökologischen Landbau den Pestizideinsatz um das 3-fache verringern kann...“.

Als wir die Grundsatzfragen geklärt hatten und mit den eigentlichen Praktiken des Öko-Landbaus beginnen konnten, glätteten sich die Gesichter und zeigten

Bio aus der Kolchose!?



Mir begegnen die gleichen Milchautos wie schon auf meiner Reise vor zehn Jahren.

Foto: Petzold

großes Interesse. Es gab angeregte Diskussionen und manchmal auch ungläubige Blicke. Ein Professor fragte mich, ob es stimmt, dass wir geheimnisvolle Substanzen in Kuhhörnern verpackt im Boden vergraben. Viele sagten, es wäre ihr großer Wunsch, den Öko-Landbau mal auf einem Praxisbetrieb in Deutschland zu erleben! Als ich ihnen vom Verbot der betäubungslosen Kastration berichtete, kam es fast zur Meuterei.

Die nächste Station der Reise war die BSAA, die Staatliche Agrar-Akademie in Gorki. Auch hier unterrichtete ich Praktiker, Studenten und Lehrkräfte zwei Tage lang im Öko-Landbau. Als Ausgleich zum Frontalunterricht hatte

ich eine Gruppenarbeit zu den Themen „Artenvielfalt“, „Klimawandel“, „Gentechnik“ und „Fleischkonsum“ vorbereitet. Dies entpuppte sich auch für mich als abenteuerliche Erfahrung. Ich hatte das Internet als Hilfsmittel eingeplant. Doch an der Uni in Minsk bekamen wir gar kein Internet, und in Gorki hatten wir Internet, aber keiner konnte damit umgehen. Da zwar alle Englisch lernen, aber trotzdem keiner Englisch versteht, machte ich mir außerdem Gedanken um die Quellen, die sie wohl finden würden: Bestimmt hatte Monsanto eine russischsprachige Seite, aber hatte auch Greenpeace eine? Mir wurde schnell klar, dass sie nur sehr wenig Wissen zu globalen Themen und Problemen hatten. Zum Beispiel konnten

sie keinen Zusammenhang zwischen „Fleischkonsum“ und Hunger in der Dritten Welt, Regenwaldabholzung oder Klimawandel finden.

Ich war sehr erfreut über die vielen positiven Reaktionen und das große Interesse der weißrussischen Agronomen und habe es fast schon als eine Art Aufbruchstimmung empfunden. Aber es mangelt an vielem: an gesetzlichen Rahmenbedingungen, an Fördergeldern (statt Strafen!), an Technik und, vor allem, an Information. Hier in Westeuropa haben wir einen sehr guten Zugang zu Informationen über ökologische Probleme auf unserer Erde, wir kennen Ursachen und Folgen. Dieses Wissen weiterzugeben – das empfand ich als meinen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklungshilfe.

Nora Petzold, Dresden
 Inspektor Bio-Kontrollstelle Grünstempel e.V.

Die Mission war Teil eines Projekts des BMELF. Cofinanziert wird das Projekt von der CIM (Centrum für internationale Migration und Entwicklung) und ausgeführt wird es von der Consulting Firma AHT GROUP AG. Partner vor Ort sind das weißrussische Landwirtschaftsministerium, das AIBZ (Agrarinformations- und Beratungszentrum) und Ekodom – eine der wenigen NGOs in Weißrussland im Bereich Umwelt und Bildung.

unabhängige bauernstimme: Für Küchen und Kolchosen

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetantin / des Abonnetanten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221